

# BULLETIN

NUMMER 1 | März 2015



- 
- \* 4 Stadttunnel - Wegweisender Entscheid \*
  - \* 8 Kantonsrat - Klein, aber fein \*
  - \* 14 Geschichte - Bedeutung \*
  - \* 18 Präimplantationsdiagnostik - Baby nach Mass? \*
  - \* 21 Familienpolitik - Familiendiversität ist schön! \*
- 





**3 Editorial**

**4 Stadttunnel**

Wegweisender Entscheid

**8 Kantonsrat**

Klein, aber fein

**10 Regierungsrat**

Gleichstellung – wann endlich?

**11 Menzingen**

Schulwege und Schleimspuren

**12 Zweite Röhre**

Doppelt angegriffen

**14 Geschichte**

Be-deutung

**16 Ausgezeichnet**

Das Gold der Kuh

**17 Abstimmung**

Gute Bildung für alle!

**18 Präimplantationsdiagnostik**

Baby nach Mass?

**20 Palliative Care**

Würdevoll sterben – aber wie und wo?

**21 Familienpolitik**

Familiendiversität ist schön!

**22 TiSA**

Ausverkauf des Planeten

**23 Whistleblower**

Der Aufrechte aus dem Tösstal

**24 Dankeschön**

Lokalpolitik mit Weltblick

**25 Serviceteil**

Büchermail

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



«Je suis Charlie» steht für Meinungsäusserungsfreiheit. Für die meisten auf der Erde ein verwehrtes Grundrecht, für uns – vordergründig – selbstverständlich. In der Tat sind die Mittel der Meinungsäusserung jedoch extrem asymmetrisch verteilt. Das BULLETIN trägt in winzigem Ausmass dazu bei, Gegengewicht zu leisten.

**«Mission statement»**

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Grünes Forum Hünenberg
- Grüne Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

# Opfersymmetrie

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative - die Grünen Zug | Bild Alternative - die Grünen



3

*Irgendwie glaubten Zugs selbsternannte Wirtschaftspolitiker tatsächlich, sie hätten das Perpetuum Mobile gefunden: mit permanenten Steuersenkungen so viel Zuwachs zu schaffen, auf dass trotz immer geringeren Steuereinnahmen pro Grossverdiener die Staatskasse immer voller werde. Resultat: Einnahmehinbruch seit 2007 und der Kanton Zug schreibt jetzt rote Zahlen. Auch wenn es altklug tönt, aber die ALG hatte immer vor der verfehlten Zuger Steuer- und Wachstumspolitik gewarnt. Lest dazu meine Bulletin-Artikel vom September und Dezember 2014 (und viele frühere). Noch mit dem Augenreiben vom bösen Erwachen beschäftigt argumentieren nun Regierung und Bürgerliche mit abgestandener «Wir sind alle im selben Boot»-Rhetorik: Von den fetten*

*Jahren hätten alle profitiert, nun müssen in mageren alle zu gleichen Teilen zur Gesundung der Staatskasse beitragen. Offenbar sind einige gleicher. Profitiert haben zuvor primär Vermögende und gewinnstarke, steuerlich privilegierte Firmen. Die Bevölkerung bekam hohe Wohn- und Lebenskosten, Mehrverkehr, Identitätsängste und sinkende Lebensqualität. Zudem bescherten uns die potenten Zuziehenden kombiniert mit Steuerdumping die hohe NFA-Rechnung. Nach dem Willen der Regierung sollen jetzt die Profiteure nicht mal mittels klitzekleiner Steuererhöhung ein kleines «Opfer» bringen. Nein, die Zeche zahlt die Bevölkerung. Regierung wie bürgerliche Parteien nennen das «opfersymmetrisches Sparen» bei Bildung, Kultur, öffentlichem Verkehr,*

*Umwelt, Gesundheit, Familien und Sozialem. Zum Sparen kommen Gebührenerhöhungen sowie plumpes Abschieben von Lasten vom Kanton an die Gemeinden. Erste Massnahmen sind: Prämienverbilligung kürzen, Schulklassen auf 26 Kinder vergrössert, Buslinien kippen. Am 25. März präsentierte die Regierung weitere happige «Entlastungsmassnahmen». Ich hoffe sehr, die Bevölkerung realisiert, dass es ans Eingemachte geht. Wir von der ALG setzen alles daran, dass das Volk über die Sparpakete abstimmen kann – auch wenn die Regierung dies umgehen will. Aber eine «Entlastung» werde ich sicher beantragen: Die Regierung, die uns in diese Lage gebracht hat, soll sich bitte den Lohn um 10 Prozent kürzen. Das wäre dann «Opfersymmetrie». ■*

# Wegweisender Entscheid

Bilder Paula Gisler

**4** Das BULLETIN führte am 27. Februar 2015 mit Martin Stuber als Befürworter und Urs Kern als Gegner des Stadttunnels ein Streitgespräch durch. Beide sind ehemalige Kantonsratsmitglieder. Martin Stuber ist einer der politischen Väter des Stadttunnels und Urs Kern ist als Geschäftsführer einer Firma in der Bahn- und Nahverkehrstechnik mit dem Inhalt ebenfalls bestens vertraut.

**STUBER:** Der Stadttunnel an sich ist kein innovatives Projekt. Die Innovation dieses Projektes ist das, was der Stadttunnel für die Zuger Innenstadt ermöglicht. Wir werden auch in 40 Jahren noch Autos haben – allenfalls auch selbstfahrende und elektrisch angetriebene. Die Verstopfung der Innenstadt mit einer Autolawine wird also bestehen bleiben. Wir leben im reichsten Kanton und haben seit kurzem den höchsten und wahrscheinlich auch teuersten Autobestand der Schweiz. Ich mache mir keine Illusionen, dass dieser Fahrzeugberg in 40 Jahren dramatisch schrumpfen wird. Das Innovative ist, dass wir trotzdem und endlich eine weitgehend autofreie Innenstadt schaffen können. ZentrumPlus ist der Anfang, nicht das Ende! Erfahrungen zeigen, dass mit dem Essen der Appetit kommt. In Aarau z. B. hat das Gewerbe am Schluss auch die Busse aus der verkehrsfreien Zone verbannen wollen! Die Eröffnung des Stadttunnels wird ein Paukenschlag sein! Die Einrichtung grosser Zonen, die nicht mehr vom Auto dominiert sein werden, sondern von FussgängerInnen und Velos – und dem Bus – das wird der Beginn eines Prozesses sein, der die ganze Innenstadt weitestgehend autofrei machen wird. Davon bin ich überzeugt. Die Stadt wird 10 Jahre nach der Eröffnung des Stadttunnels anders aussehen. Das wird eine attraktive, lebendige Innenstadt sein – etwas, was wir uns heute gar nicht vorstellen können.

**KERN:** Ich frage mich ernsthaft, ob wir uns nicht selber Sand in die Augen streuen. Vom Mehrwert, den wir uns

mit dem Bau des Stadttunnels leisten, profitiert in erster Linie die Innenstadt von Zug. – Da stimmt für mich das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr. Die Folgen tragen werden die Quartiere, die mit dem Mehrverkehr belastet werden. Wir müssen aufpassen, dass die Innenstadt Zug nicht zum Schmuckstück wird, und die Wohnquartiere zur «Agglo» verkommen. Zum anderen zielen zukünftige Verkehrsmodelle in eine andere Richtung. Sie wollen weg vom individualisierten Verkehr, weil diese an der Kapazitätsgrenze sind. Da teile ich deinen Pessimismus nicht. Es wird zwar noch Autos geben, nur werden diese anders aussehen und anders geführt werden. Das werden viel kleinere Fahrzeuge sein, die man beispielsweise in tiefen Silos «lagern» kann. Aber vor allem wird man dafür sorgen, dass die grossen Fahrzeuge nicht mehr in die Stadt geführt werden. Man wird um den Gürtel der Stadt eine Reihe von Abstellplätzen erstellen müssen, dann mit kleineren Fahrzeugen, die der Stadt gehören und von ihr verwaltet werden, bedienen und sich mit diesen frei in und durch die Stadt bewegen. Das ist ein anderer Denkansatz. Das tönt vielleicht utopisch, aber wir bewegen uns in Zeiträumen von 50 Jahren aufwärts. Man bedenke nur, was sich in den letzten 50 Jahren technologisch alles verändert hat. Mit dem Bau des Stadttunnels zementieren wir aber den jetzigen Zustand, damit die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt etwas mehr Ruhe haben. Da wünsche ich mir auch etwas mehr politische Innovation. Die Innenstadt ist an den Wochenen-

den zwischen März und September lebendig. Wenn man das erreichen will, dann kann man während dieser Wochenenden ein Verkehrsregime einführen, dass die nötigen Strassen gesperrt werden, wie dies schon jetzt an verschiedenen Anlässen passiert. Ich bin da eher für einfache Lösungen, dafür solche, die offen für intelligente Systeme der Zukunft sind.

**STUBER:** Als Dolfi Müller und ich 1992 die Motion für eine realistische Stadtkernentlastung einreichten, war das der Startpunkt eines langen und mühevollen politischen Prozesses. Den Durchbruch brachte ein Bündnis mit dem Detailhandel, welches die Minitunnel-Initiative lancierte. Das Ziel war nicht ein Tunnel – der war Mittel zum Zweck. Ziel war eine autofreie Innenstadt mit fünf attraktiven Plätzen. Wenn das Stadtzentrum mit selbstfahrenden, in Silos versorgten Autos zugemüllt ist, sehe ich keinen Fortschritt.

**KERN:** Zugemüllt ist ein hartes Wort. Nur müssen wir sehen, dass wir in einer Stadt wohnen. Und Städte brauchen nun mal auch Mobilität. Das heisst aber nicht, dass diese Fahrzeuge immer und zu jeder Zeit an allen Orten verkehren.

**STUBER:** Wir sind daran, in der Stadt ein Komitee zu bilden, das nicht den Stadttunnel thematisiert, sondern ZentrumPlus ...

**KERN:** ... um so den Stadttunnel zu verkaufen ...

**STUBER:** Nein. Wir sagen, was wir wollen und was unsere Visionen sind. Zu den Parkplätzen – das ist DIE Schlüsselfrage: wenn der Stadttunnel eröffnet wird, ändern sich die Rahmenbedingungen schlagartig und wir werden bald über die Schliessung von Parkhäusern reden. Es werden Dinge möglich werden, von denen wir heute nicht zu träumen wagen. Das Parkhaus Vorstadt z. B. könnte

man ja schon heute schliessen. Grössere Parkiermöglichkeiten darf es nur noch am Rande der grossen ZentrumPlus-Zone geben. Ich bin zuversichtlich, dass die Leute auf den Geschmack kommen werden, wenn sie sich in einem menschenfreundlichen, attraktiven Stadtzentrum aufhalten, und dann werden Sachen möglich, die heute politisch undenkbar sind. Wieso hat denn in den letzten 30 Jahren niemand von uns eine Initiative zur Reduktion der Parkplätze gemacht?

sen Perimeter reden würden. Und heute haben wir es. Nicht nur dass in der Vorlage steht, dass die Stadt Zug alle Strassen im Perimeter des ZentrumPlus übernimmt. Alle! Die Stadt kommt in den Fahrersitz und kann entscheiden, was aus der Innenstadt wird.

**KERN:** Aber wir fokussieren mit dem Stadttunnel auf eine Mobilitätsform – das Auto. Dafür zahlen wir eine Milliarde Franken. Ich bezweifle, dass diese Milliarde den Umkehrereffekt auslöst, den du so hochhältst.



**KERN:** Ja, das frage ich mich wirklich! Die Antwort ist: Weil der Stadttunnel permanent das Thema war.

**STUBER:** Nein, weil bei uns alle von vornherein wissen, dass unter den heutigen Bedingungen eine solche Initiative null Chancen hätte. Das gleiche mit den Pfortnern. Niemand will eine heute aussichtslose Sache an die Hand nehmen. Aber mit dem Stadttunnel änderst du ein Paradigma in dieser Innenstadt. Als wir den Minitunnel lancierten, hätten wir schliesslich nie im Traum gedacht, dass wir einmal über ein ZentrumPlus mit einem solch gros-

**STUBER:** Der Umkehrereffekt liegt in unseren Händen. Zu den Finanzen: Bei der Lancierung des Minitunnels sind wir von 150 bis 180 Millionen Franken ausgegangen. Mit dem Stadttunnel wurden es erst 520 Millionen und dann 950 Millionen, die der Kantonsrat schliesslich auf 890 Millionen gedrückt hat. Als der Baudirektor im Casino im Frühling 2013 diese 950 Millionen nannte, war mir klar, dass meine Partei wegdriften und schliesslich Nein sagen wird. Aber man darf anerkennen, dass mein – im April 2014 im Kantonsrat lancierter – Vorschlag einer zweckgebundenen und temporären Erhöhung

der Motorfahrzeugsteuer dank dem Engagement der Stawiko und ihrem Präsidenten Gregor Kupper und unserem Stawiko-Mitglied Andy Hürimann und nicht zuletzt wegen des geschickten Taktierens von unserem Fraktionschef Stefan Gisler schliesslich Eingang in die Vorlage fand. Auch der Baudirektor hat mitgeholfen. Nun wird ein Drittel des Stadttunnels über diese Steuererhöhung finanziert. 235 Millionen werden über die allgemeinen Steuermittel gezahlt, 100 Millionen von der Stadt. Das ist immer noch sehr viel Geld. Aber zwei Drittel der 890 Millionen werden durch die AutofahrerInnen bezahlt. Wenn wir diesen Drittel an Motorfahrzeugsteuer nicht hingebraucht hätten, würde ich auch Nein zum Stadttunnel sagen. Für mich persönlich war es am Schluss eine 60:40-Entscheidung pro Stadttunnel.

**KERN:** Das Aufsplitten – diesen scheinbaren Erfolg – die die Kosten durch den Verursacher bezahlen lassen will, ist ein Scheinargument. Man sagt plötzlich, es sei keine Milliarde mehr. Die Finanzierung durch die VerursacherInnen beinhaltet auch einen grossen Teil, den man vom Strassenbaufonds abzwackt. Diese Gelder stehen dann für andere Strassenprojekte nicht mehr zur Verfügung, z. B. in den Aussengemeinden, weil dieser Fonds Projekte im ganzen Kanton finanziert. Es wird zu einem guten Teil Steuersubstrat sein, das in ein Projekt fliesst und uns anderswo fehlen wird. Für eine Form der Mobilität – und das finde ich problematisch – für einen Kanton, der knapp mehr als 100000 EinwohnerInnen hat, in einer Stadt, die noch nicht einmal 30000 EinwohnerInnen hat. Für mich ist die Finanzdiskussion eine zweitrangige Diskussion, weil das Projekt meiner Meinung nach zu grosse Mängel hat. Weil es die Mobilität in dieser Stadt für ein Jahrhundert oder mehr blockiert. Wenn der Stadttunnel jetzt durchgewun-



6

ken würde, dann wird es heissen, wir haben ja Kapazität für z. B. noch mehr PendlerInnen. Das ist meine Angst. Mit dieser Milliarde stützt man das Auto als Mobilitätsmittel, weil es einfacher sein wird, auch auf anderen Wegen durch die Stadt zu kommen. Sobald der Tunnel offen ist,

Berg verlagert. Dieter Nussbaum und andere können es gebetsmühlenartig wiederholen, aber es stimmt trotzdem nicht, dass der Stadttunnel eine Kapazitätserhöhung bringt. Es wird Riegel beim Postplatz und bei der Gotthardstrasse geben. Und wichtig: Dass es im Tunnel keinen Stau geben



ist Tür und Tor für den Autoverkehr geöffnet. Unsere alte Weisheit: Wer Strassen baut, wird Verkehr ernten, wird sich aufs Neue bestätigen.

**STUBER:** Der Stadttunnel ist das erste grosse Projekt, bei dem eine neue Strasse beziehungsweise ein Tunnelsystem gebaut wird und dafür diverse Strassen von ihrer Funktion als Träger von Autoverkehr befreit werden. Das hat es so noch nie gegeben in Zug. Für die Tangente und die Umfahrung Cham (UCH) werden keine anderen Strassen aufgehoben. Bei der UCH kämpft man darum, dass «nur» noch 12000 Autos durch Cham fahren sollen. Wir reden in der Stadt Zug aber davon, dass nachher null Autos über den Postplatz fahren. Zug bekommt sein historisches Zentrum zurück!

Die Kapazität auf den heutigen Achsen durch Zug hindurch wird in den

darf, wird dazu führen, dass man ein Pfortnersystem einführen muss. Pfortner sind heute immer noch ein bisschen ein Tabuthema in Zug – aber ohne Pfortner wird man den Stadttunnel nicht dosieren können. Also – der Stadttunnel erhöht die Kapazität nicht!

**KERN:** Man wird doch schneller durch die Stadt hindurchfahren können?

**STUBER:** Nein, wird man nicht.

**KERN:** Das kann ich nicht glauben. Auf zwei Seiten des Tunnels sind Kreisel geplant. Die Lichtanlage ist eine Notanlage. Die beiden Spuren werden an die Kapazität herangehen. Er ist länger und das wird das Tempo erhöhen. Du fährst heute mit 5 bis 6 Stundenkilometern durch die Stadt hindurch, weil du überall Rotlichter hast.

**STUBER:** Ich arbeite an der Neugasse – die Autos rollen mit 30 bis 40 durch das Stadtzentrum. Die Ampeln auf dem Postplatz sind sehr zum Leidwesen der Fussgänger auf optimalen Verkehrsfluss auf der Strasse geschaltet!

**KERN:** Es gibt heute schon Leute, die die Ägeristrasse hochfahren und über die Löberenstrasse nach Baar fahren, weil sie durch Zug hindurch länger brauchen als auf diesem Schleichweg. Das ist das beste Beispiel dafür ...

**STUBER:** ... Schlaumeier gibt es immer – aber die graue Gutschrankabfahrt und damit die Durchfahrt über die Löberenstrasse werden zugemacht, wenn der Stadttunnel aufgeht ...

**KERN:** ... das ist das beste Beispiel dafür, dass man durch den Stadttunnel schneller sein wird. Mit dem Stadttunnel hast du 2–3 verkehrsfördernde Kreisel. Das macht das Ganze schneller. Und das muss auch sein, weil der Verkehr zunehmen wird, weil man schneller durch Zug durchkommen wird.

**STUBER:** Nein, man wird nicht schneller sein. Aber das ganze Wohngebiet rund um die graue Gutschrankabfahrt wird massiv vom Verkehr entlastet, es wird dort ein neues Naherholungsgebiet entstehen.

**KERN:** ... man wird einfach die Ägeristrasse runter direkt in den Stadttunnel fahren ...

**STUBER:** ... dosiert mit einem Pfortner!

**KERN:** Und ich sage, die Mobilität wird sich so oder so ändern, den Stadttunnel brauchen wir nicht. Auch der öffentliche Verkehr ist an einer Grenze. Das bedeutet, dass man ohnehin neue Transportsysteme entwickeln muss. Wie sie genau ausse-

hen, da gibt es viele verschiedene Systeme. Wir reden ja von einem Zeitraum von hundert Jahren. Der Stadttunnel wird in 60 Jahren abgeschlossen sein. Das muss man sich mal vorstellen. In dieser Zeit wird man gezwungen sein, das System zu überdenken. Das Auto als Verkehrsträger wird dann zu teuer sein, wird zu viel Platz wegnehmen und wird nicht mehr das Prestige von heute haben. Andere Formen wie das Pendeln mit dem ÖV haben stark zugenommen, weil die Mobilität zugenommen hat. Der Erfolg der Stadtbahn ist, dass die Stadt Zug für Autofahrten unattraktiv geworden ist. Meine Befürchtungen gehen dahin, dass die Bevölkerung mit dem Stadttunnel wieder weg von der Stadtbahn aufs Auto umsatteln wird, weil die Durchfahrt durch die Stadt wieder attraktiver sein wird.

**STUBER:** Ja, ohne Stadtbahn und Ausbau des Bussystems käme der Verkehr in der Agglomeration zum Erliegen. Und umgekehrt: Dank diesen beiden Nahverkehrssystemen fließt der Autoverkehr in der Stadt, und die Blechlawine macht unser Stadtzentrum kaputt. Deshalb sind wir aber trotzdem nicht gegen Stadtbahn und Bus!

**KERN:** Die heutige Situation präsentiert sich wegen der Verkehrsentwicklung und der Siedlungspolitik so. Das ist das grundsätzliche Problem. Wieso wohnen die Leute nicht dort, wo sie arbeiten, oder wieso pumpt man diese Stadt so mit Arbeitsplätzen voll etc. Aber das sprengt den Rahmen dieser Diskussion. Das ist eine Systemfrage. Das hat halt auch einfach seinen Preis und der Preis ist, dass diese Stadt leidet. Schlimm daran finde ich, dass man so tut, als bestehen diese Zusammenhänge nicht oder das Problem könne man wegmachen, indem man das es in den Berg verbannt und so eine Milliarde «parkiert». Wir bauen ein Riesending, das



eine 10-jährige Baustelle sein wird, die Lebensqualität einer ganzen Region wird negativ beeinflusst, es wird Graue Energie hineingepumpt ohne Ende etc. Die 2000-Watt-Gesellschaft kannst du sowieso grad vergessen, die Funktionsfähigkeit des Tunnels wird Energie benötigen, es werden unsäglich viele Mehrkilometer gefahren.

**STUBER:** Bei der Frage nach der 2000-Watt-Gesellschaft gebe ich dir Recht, der Bau des Stadttunnels ist energieintensiv und eigentlich nicht mit diesem Ziel vereinbar. Nur bin ich überzeugt, dass wir – wenn wir den Stadttunnel hinbringen – in zehn Jahren deutlich weniger Binnenverkehr haben werden – d. h. Autos, welche Quelle und Ziel in der Stadt haben. Weil das attraktive neue Stadtzentrum ausstrahlen wird. Es braucht ja Gründe, weshalb die Leute ihr Mobilitätsverhalten ändern werden. Die autofreie Innenstadt wird eine Dynamik auslösen. Die Leute werden auf den Geschmack kommen, sich anders in der Stadt bewegen und merken, dass sie ihr Auto für kurze Wege zuhause lassen können – und heute sind ein Drittel der Wege mit dem Auto Kurzdistanzen!

**KERN:** Mein Fazit ist ein anderes: Es wird mehr Verkehr geben zu den Shoppingcentern, wo die Leute mit ihren Autos hinfahren werden. Die Leute werden dann einfach nicht mehr in der Stadt einkaufen gehen, weil es ihnen zu mühsam ist von der einen zur anderen Kammer zu fahren. Ich denke aber, heute gibt es noch viele, die mit dem Auto in der Stadt einkaufen. Die Leute schätzen ab und fahren die Kilometer mehr grad direkt zum Einkaufszentrum. Man wird ja schnell durch den Stadttunnel sein.

**STUBER:** Guter Punkt. Du musst eben eine Innenstadt machen, in die man gerne geht, auch zum Einkaufen. Das wird dank Stadttunnel gelingen.

**KERN:** Was ist deine Prognose? Ich denke, dass er abgelehnt wird. Ich sage so 45:55. Die Argumente sind ja noch immer nicht auf dem Tisch.

**STUBER:** Eben. Das Resultat wird knapp für den Stadttunnel ausfallen. Hoffe ich ...

**BULLETIN:** Vielen Dank für dieses spannende Gespräch! ■

# Klein, aber fein

Stefan Gisler, Kantonsrat und Fraktionspräsident der Alternativen – die Grünen  
Zug | Bild BULLETIN

**8 Die Kantonsratswahlen 2014 waren ein Aufsteller. Manuela Weichelt wurde souverän als Regierungsrätin bestätigt. Und die ALG-Fraktion wuchs von 7 auf 10 Mitglieder an. Die Stärkung ist wichtig – denn auf Zug und seine Bevölkerung kommen grosse Herausforderungen zu. Die ALG setzt sich in der Legislatur 2015–2018 dezidiert für ein lebenswertes, solidarisches, grünes und menschenfreundliches Zug ein.**

Seit dem 18. Dezember 2014 setzt sich die Fraktion so zusammen: Stefan Gisler (Fraktionschef), Vroni Straub, Jolanda Spiess-Hegglin (neu), Andi Lustenberger, Mariann Hess (neu), Andreas Hürlimann, Anastas Odermatt (neu), Esther Haas, Rita Hofer (neu), Hanni Schriber. Erstmals wurde mit dem fairen Wahlsystem des Doppelproporz gewährt, mit dem die Stimmen aller Zugerinnen und Zuger zählen. Im letzten Bulletin hat Martin Stuber eine hervorragende Wahlanalyse publiziert. Die Sitzgewinne spiegeln zwar die reale Stärke wieder, doch sind wir inhaltlich wie numerisch eine klare Minderheit. Die ersten beiden Sitzungen zeigten – der neue Rat wird die konservativ-bürgerliche Politik in vielen Bereichen fortsetzen. Bereits im Januar wurden die Schülerzahlen auf 26 pro Klasse erhöht – Sparen vor Bildungsauftrag! Und beim Stadttunnel-Ja mit 43:33 zogen vor allem Pro-Auto-Argumente statt Verkehrsberuhigung.

Was 2014 den Rat prägte, wird 2015 noch aktueller sein: Das Zuger Wachstum und damit hohe Wohn- und Lebenskosten, Ressourcenverbrauch, Verlust von Grünflächen, Mehrverkehr, Identitätswandel. Und damit verbunden die verfehlt-ideologische bürgerliche Steuerenkungspolitik, die den Kanton in tiefrote Zahlen brachte und zu einem Sparpaket von 100 Millionen jährlich führen soll.

## Kantonsfinanzen vors Volk

Es wird eine grosse Aufgabe sein, dass das euphemistisch «Entlastungsprogramm» genannte Kürzen von Leistungen für die Bevölkerung auch an die Urne kommt. Wir be-

fürchten eine Salomitaktik der Regierung: Scheibchenweise werden Leistungen gekürzt oder an Gemeinden delegiert, ohne dass die Zugerinnen und Zuger mitbestimmen können, ob und wo sie sparen wollen. Zur Sanierung unserer Kantonsfinanzen gehört aus unserer Sicht zwingend auch die Diskussion um gezielte Steuererhöhungen bei seit Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – bevorzugten Gruppen wie Topverdienern, Aktionären, Vermögenden und internationalen Firmen.

Der Stadttunnel prägte die Ratsarbeit 2014 – doch die Schlussabstimmung war am 26. Februar 2015. Die Fraktion stimmte klar dagegen; der Rat mit 43:33 dafür. Die Abstimmung ist am 14. Juni 2015. Wir haben uns diesen Entscheid nicht leicht gemacht, engagieren wir uns doch seit Jahrzehnten konstruktiv für eine attraktive Stadt Zug mit wirksamen Massnahmen zur Verkehrsbefreiung/-beruhigung. Doch trotz des Preises von nahezu 1000 Millionen und jährlichen Folgekosten in Millionenhöhe für Betrieb/Unterhalt/Sanierung bleibt der Initialnutzen im ZentrumPlus einfach zu gering – zu viele Autos können noch immer frei an zu viele Stellen. Das Sparpaket (mit einem ÖV-Abbau) sowie die Beibehaltung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse (Zerschneidung Lorzenebene und Mehrverkehr Herti) waren mitentscheidend für ein Nein.

Um in Zukunft erfolgreich zu sein, bauen wir auf unseren Erfolgen im 2014 auf. Dazu gehören ...

- das Ja im KR zum Öffentlichkeitsgesetz für Transparenz gegenüber

den BürgerInnen. Allerdings wehren sich Gemeinden, aber auch die Regierung, teils noch mit fadenscheinigen Gründen oder überrissenen Kostenforderungen (Gemeinde Walchwil!) gegen volle Transparenz.

- das provisorische Nein zum Verwaltungszentrum 3 (Projekt Focus für 500 Millionen) zeigt, dass man nicht mehr blind Luxusinfrastrukturen baut, weil «wir ja das Geld haben». Nicht Gebäude sind wichtig, sondern die Menschen, die darin arbeiten, lernen, leben!
- Die KESB in Zug funktioniert trotz den üblichen Startschwierigkeiten und trotz Budgetkürzungen der CVP gut. Allerdings bräuchte die Behörde ab 2015 mehr Mittel – mir graut davor, dass aufgrund des Sparpakets die Schwächsten schlecht betreut werden.
- IT-Strategie: Die Bürgerlichen griffen die DI an. Schuld an gescheiterten Projekten und Millionenverlusten ist die schlechte IT-Strategie des Amts für Informatik & Organisation unter der Leitung letztlich von Finanzdirektor Peter Hegglin. Fast einstimmig beauftragte der Rat Hegglin, eine neue Strategie zu präsentieren und besser mit anderen Direktionen und Gemeinden zu koordinieren. Hegglin streitet bis heute ab, dass er Mitverantwortung hat! Und wir müssen aktiv dafür sorgen, dass er den Kantonsratsauftrag auch ausführt und endlich ein effektives, kostengünstiges und konstruktives, mit allen Direktionen und Gemeinden zusammenarbeitendes AIO schafft.
- Buslinien: Wir machten und machen Druck, dass die Busse kundenfreundlich und benutzerorientierter fahren! Die Gemeinden – zum Beispiel Steinhausen mit seinem Bauchef Andreas Hürlimann (ALG) wehren sich





Mit dem Sparpaket plant die Regierung – nebst vielem anderem – auch Buslinien auszudünnen und zu streichen. Die ALG setzt sich für einen starken ÖV ein.

- Zug ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Aber Erfolg verpflichtet! Wir müssen wirtschafts- und sozialverträgliche Perspektiven für Zug entwickeln. Wachstum/Zuwanderung, unsere wirtschaftliche und politische Rolle in der Welt, Sicherung von Sozialwerken, Lohndruck/Arbeitsplatzsicherung sind da wichtige Themen. Unsere Heimat soll lebenswert und zahlbar sein für Wenigverdienende und Mittelstand, besonders für Familien. Die ALG-Fraktion setzt sich auch 2015 ein für zahlbares Wohnen, verkehrsberuhigte Quartiere, gute Schulen, die Stärkung von Vereinen und Kultur oder mehr Bahn, Bus, Velo sowie den Schutz von Landwirtschaftsflächen und Umwelt.

zurzeit gegen die unausgegrenzten Abbaupläne beim ÖV.

- Die flächendeckende Videoüberwachung wurde im 2014 gegen unseren Widerstand leider gutgeheissen. Diese ist zu teuer, ineffizient bei der Verbrechensbekämpfung und die Freiheitsrechte der BürgerInnen missachtend. «We watch the Big Brother who is watching us!»
- Strassen, Strassen, Strassen: Der Baudirektor plant bis 2030 Strasseninvestitionen für über 1500 Millionen, Hochbauprojekte für 665 Millionen. Die Prioritäten sind falsch, denn für den ÖV gibts nur 39 Millionen. Da sind wir gefordert.
- General-Guisan-Strasse: Die Verlängerung wird vom Rat nicht aus dem Richtplan gestrichen. Zudem soll es noch einen Anschluss von der Riedmatt zur Nordzufahrt geben. Wir wehren uns, dass die Lorzenebene zerstört wird oder dass sinnlose Tunnellösungen unsere Staatskasse weiter in die roten Zahlen treiben.
- Unternehmenssteuerreform:

Unser Finanzdirektor und seine bürgerlichen Adlaten zeigen kein Umdenken in der Steuerdumpingpolitik. Sie wollen die Aufhebung der Steuerprivilegien von Holdings im Rahmen der U3 zu weiteren Unternehmenssteuerensenken nutzen. 5 Milliarden wird dies die Schweiz kosten. Zug weniger, aber es nutzt die Gelegenheit, um die Gewinnsteuern von heute 14,7 auf 12 Prozent zu senken. Das ist verheerend: Die NFA steigt, die Einnahmen sinken, das Sparpaket wird ausgeweitet.

- Schutz von Landschaft und Kulturgut: Grünflächen und Kulturdenkmäler sind dem Rat wenig wert. Geld regiert, und man opfert leichtfertig unsere Heimat dafür. Zug ist ein urbaner Raum geworden, doch das raumplanerische Denken ist provinziell geblieben. Wir setzen uns ein für eine nachhaltige, lebenswerte Gestaltung unseres Zuger Lebensraums. Dazu gehören für uns auch der Schutz von alten Gebäuden und der Respekt vor unserer Geschichte (Archäologie).

Aus unserer Sicht hat die Politik die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen ermöglichen, ein lebenswertes Dasein in Würde zu führen. Gleichzeitig sollen Freiräume, wie Freiheiten zur gemeinsamen Mitgestaltung unseres Kantons, Landes, ja der Welt verfügbar sein. Darum liegen der Fraktion Bürger(Menschen)rechte sowie eine transparente Demokratie am Herzen! Zu letzterem gehören für uns die Offenlegung von Partei-, Abstimmungs- und Wahlfinanzierung sowie die überfällige Einführung der Abstimmungsanlage im KR, das das Stimmverhalten aller Kantonsräte offenlegt – die Regierung will diese Einführung trotz KR-Beschluss um Jahre verschieben – dagegen wehren wir uns.

Doch weder Fraktion noch der ganze Kantonsrat entscheiden immer richtig. Darum ist die direkte Demokratie die Chance, Lösungen zu finden: Gerade wir von der ALG setzen aufs Volk, sind die Meinungen im Rat oft verhärtet.

Mehr Infos: [www.gruene-zug.ch/kantonsrat/fraktionsberichte.html](http://www.gruene-zug.ch/kantonsrat/fraktionsberichte.html) ■

# Gleichstellung – wann endlich?

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen

10

**Die Vernehmlassung für das Zuger Gleichstellungsgesetz ist eröffnet. Trotz rechtlicher Gleichstellung haben wir noch keine faktische Gleichstellung. Noch immer haben Frauen einen tieferen Lohn, sind im Kader und in den politischen Gremien untervertreten.**

Im Oktober 2010 lehnte der Kantonsrat mit 37:36 Stimmen die Weiterführung der Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann ab. Die Alternative – die Grünen Kanton Zug, die CSP und die SP des Kantons Zug, die Juristinnen Schweiz, der GBZ, die OFRA Zug sowie zwölf Privatpersonen erhoben dagegen Beschwerde ans Bundesgericht.

Dieses hielt im November 2011 fest, den Kanton Zug sei verpflichtet, den Auftrag zur tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann gemäss Bundes- und Kantonsverfassung sowie dem UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) umzusetzen. Es bestehe aber ein Ermessensspielraum, wie er dies tun wolle. Der Regierungsrat kam aufgrund des Bundesgerichtsurteils zum Schluss, dass für die künftige Aufgabenerfüllung im Bereich der Gleichstellung ein Gesetz nötig sei, und beauftragte die Direktion des Innern mit der Ausarbeitung eines solchen. Dieses ist nun in der Vernehmlassung.

## Wo stehen wir?

Dank der rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter konnten Fortschritte erzielt und die meisten formalen Ungleichbehandlungen beseitigt werden. Trotzdem ist die tatsächliche Gleichstellung in vielen Lebensbereichen noch immer nicht realisiert.

Vor wenigen Wochen erreichte mich der Aufruf der Zuger Bäuerinnen für den Frauenaktionstag zum Thema Lohngleichheit: «Es kann doch wohl nicht sein, dass wir auch heute noch für die gleiche Arbeit weniger verdienen als unsere männlichen Kollegen!»

Die Zahlen reden Klartext. So stellt das Bundesamt für Statistik (BFS) im Jahre 2013 u. a. fest, dass die Lohngleichheit nicht gewährleistet und die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit geschlechtsspezi-



fisch geprägt ist. Gemäss einer Studie im Auftrag des BFS und des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung können 37,6 Prozent des Lohnunterschieds zwischen Frauen und Männern im Jahre 2010 nicht objektiv erklärt werden und sind als Lohndiskriminierung zu werten. Eine zufriedenstellende Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben ist weder für Mütter noch für Väter gewährleistet. Frauen sind häufiger von Armut betroffen als Männer. Der Anteil der Frauen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren ohne nachobligatorische Bildung ist deutlich höher als derjenige der Männer. Obwohl 53 Prozent der Wahlberechtigten Frauen sind, sind

sie in den politischen Institutionen deutlich schwächer repräsentiert als die Männer.

## Handlungsbedarf in Zug

In der Politik zeigten die Zuger Frauen ein hohes Engagement, das aber auf nationaler Ebene schlecht belohnt wird (kein Nationalrats- oder Ständeratsmandat). In der Legislaturperiode 2011 bis 2014 gehörten dem Zuger Regierungsrat eine Frau und sechs Männer an, was auch 2015 bis 2018 der Fall ist. Dem Kantonsrat gehören für die laufende Legislaturperiode 21 Frauen (27,5 Prozent) und 59 Männer (72,5 Prozent) an.

Gemäss Schlussbericht zuhanden des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann von Dezember 2014 übersteigt der Frauenanteil in den Zentralverwaltungen der Kantone AG, BE, LU, VD und ZH 50 Prozent, in AI, AR, GR, OW, SG, SZ, UR sowie im Kanton Zug liegt er unter 40 Prozent. In den Verwaltungen im engeren Sinn bestehen die kleinsten Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern in den Grenzkantonen BS, GE, JU und NE, die grössten in folgenden Deutschschweizer Kantonen: AG, AI, AR, BL, GL, LU, OW, SO, TG, UR, ZH sowie im Kanton Zug.

Der Regierungsrat ist sich des Bundesgerichtsurteils und der Situation bezüglich tatsächlicher Gleichstellung bewusst und beantragt ein kantonales Gleichstellungsgesetz, um handeln zu können. Die Vernehmlassungsunterlagen sind abrufbar unter: <http://www.zg.ch/behoerden/regierungsrat/vernehmlassungen/gesetz-ueber-die-gleichstellung-von-frau-und-mann> ■



# Schulwege und Schleimspuren

Marianne Aepli, Präsidentin Alternative-die Grünen Menzingen | Bild BULLETIN

**«Uf em Wäg do hets en Schnägg, und dä Schnägg, dä tuen i wägg.» Noch tönen aus dem Schulhaus Finstersee Kinderlieder, im Werkraum wird gesägt und die Baumhütte draussen auf dem Pausenplatz wird erobert und verteidigt, wieder und wieder. Ab Sommer 2016 soll damit Schluss sein. Die Menzinger Mehrklassenschule am Aussenstandort Finstersee wird aus- und weggespart. Sie fällt einer Schulraumplanung zum Opfer, die in Inhalt und Ablauf schwer nachvollziehbar ist.**

So wie die Schulbusfahrten für die Kinder der ersten bis vierten Klasse von Finstersee zukünftig sein sollen, sind denn auch die Kommunikationswege des Gemeinderates von Menzingen: länger als nötig, zentrumsfern. An einer Infoveranstaltung im Dezember präsentierte der Gemeinderat die bisherigen Ergebnisse zur Schulraumplanung. Erfreulicherweise kommunizierte der Rektor den Entscheid, für die Primarschule Menzingen von einer Richtzahl von 18 Kindern je Klasse als verbindliche Planungsgrundlage auszugehen, wie auch von der Wiedereinführung der Mehrklassen auf allen Primarstufen. Es folgten Tabellen über die zu erwartende Zahl der Schulkinder, das bestehende Raumangebot, den zukünftigen Platzbedarf, Varianten und Kosten. Die Folie 25 und 26 stellt die Anwesenden dann vor die Tatsache, dass der Gemeinderat zu den vom Planungsbüro erarbeiteten Varianten zwölfmal einen kleinen schwarzen Kreis in die Tabelle einfließen lässt: eingekreist, abgeschossen. Zwölf abweichende Beurteilungen durch den Gemeinderat, die im Rahmen der zeitlich fortgeschrittenen Infoveranstaltung nicht genauer erklärt werden. Folie 27: «Abschliessende Beratung und weiteres Vorgehen ... Es sind Szenarien weiterzuerfolgen, die ... auf den Schulstandort Finstersee verzichten.» Der Gemeinderat gibt dann bekannt, dass die Schliessung bereits beschlossene Sache ist.

## Beschlossene Sache?

Da hilft es nichts, dass in Finstersee die Klassengrösse zurzeit bei 19 Kin-

dern liegt, über der Menzinger Richtzahl. Es nützt auch nichts, dass diese Mehrklassenschule als Perle fürs



Schulhaus Finstersee: Opfer einer nicht nachvollziehbaren Schulraumplanung.

altersdurchmischte Lernen und den von der Gemeinde angestrebten Mehrklassenunterricht gilt. Es hilft nichts, dass im Bericht des Planungsbüros steht, der Wegfall des Aussenstandortes Finstersee stelle für den Ortsteil einen erheblichen Identitätsverlust dar. Es hilft nichts, dass der Gemeinderat noch keine Vorstellung von der zukünftigen Nutzung des Gebäudes in der Zone öffentlichen Interesses hat. Es nützt nichts, dass die Lobreden zum 200-Jahr-Jubiläum der Schule Finstersee erst sechs Jahre zurückliegen, auch nicht, dass die erste Schule in Finstersee durch die Einwohner in Fronarbeit erstellt wurde. Im Bericht des Planungsbüros beinhalten die drei besten Varianten eine Beibehaltung der Schule. Der Gemeinderat hat sich

für eine «eigene» Variante Schulraumplanung entschieden, mit abweichender Beurteilung zu den Vorschlägen des Planungsbüros. Das wirft Fragen auf und die Alternativen – die Grünen Menzingen suchen über eine Interpellation Antworten. Wie und warum der Gemeinderat zu diesem Entscheid kam, bleibt auch nach der Einsicht in die Ratsprotokolle unklar. In den nächsten Jahren soll im Dorf Menzingen ein Schulneubau entstehen und die «Villa Neudorf» mit

11

Räumlichkeiten für die Spielgruppe, Musikschule und Pfadi ersetzen. Ein Schulneubau an der vielbefahrenen Kantonsstrasse. Vielleicht gilt ab dann Tempo 30 mitten im Dorf. Ab Sommer 2016 ist die Verteilung der Schulkinder aus Finstersee auf die Klassen im Ortsteil Menzingen geplant. Die Gemeinde spart damit die Personalkosten einer Klasse. Nur – dass diese eine Klasse nicht irgendeine ist. Es geht zulasten eines ganzen Ortsteils mit dem «pulsierenden» Schulhaus im Dörfli Finstersee. Wie heisst es im Kinderlied von Bardill mit der Schnecke auf dem Schulweg? «... und dä Schnägg, dä tueni wägg, will sus öper uf na stoht, und ihm so sis Huus verschloot.» So viel Sorgfalt der Kinder auf dem Schulweg. ■

# Doppelt angegriffen

Daniela Walker, Alpeninitiative | Bild Alpeninitiative

12

**Der Bundesrat will am Gotthard eine zweite Strassenröhre bauen und dementsprechend die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet erhöhen. Damit untergräbt er die Verlagerung der Gütertransporte auf die Schiene und bedroht den Alpenschutz gleich doppelt.**

In der Diskussion um den Bau einer zweiten Röhre wird das Volk das letzte Wort haben – und zwar im nächsten Jahr. Mitte Januar 2015 wurden die gesammelten Unterschriften des Referendums offiziell bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht. Frohen Mutes, mit Begleitmusik und Tessiner Köstlichkeiten haben die als Murmeltiere, Steinböcke und Gämser verkleideten Alpenschützer auf der Bundesterrasse das geschaffte Referendum gefeiert. Innerhalb von drei Monaten haben über 125000 Frauen und Männer das Referendum gegen eine zweite Röhre am Gotthard unterschrieben.

## Tessiner sind dagegen

Sehr direkt betroffen vom Bau einer zweiten Gotthardröhre sind die Kantone Tessin und Uri. Während die Tessiner Regierung sich in der Vergangenheit vermehrt für ein zweites Loch ausgesprochen hat, war die Bevölkerung des Südkantons immer gegen den Ausbau des Autotunnels. Dieses Bild spiegelte sich im Referendum wider: Mehr als 10 Prozent aller gesammelten Unterschriften stammten aus dem Tessin. Die Kantonsrätin der Grünen im Tessin, Greta Gysin, ist sich sicher: «Das Tessin wird Nein sagen zur zweiten Röhre. Und zwar zum dritten Mal. Die Menschen südlich der Alpen freuen sich auf die NEAT und wollen keine neue Lastwagenflut vor ihrer Haustür.» Auch Sergio Rossi, gebürtiger Tessiner und Professor für Makroökonomie und Geldwirtschaft an der Universität Fribourg, sieht die Nachteile eines zweiten Loches für den Südkanton: «Mit der zweiten Gotthardröhre würde sich die Situation auf der Strasse und die Lebensqualität im Tessin verschlechtern. Es geht nicht lange, bis sich

die Touristen mehr abgeschreckt als angezogen fühlten.»

Dass das hohe Verkehrsaufkommen im Südkanton störend ist, geht auch aus einer vor kurzem veröffentlichten Tessiner Tourismusstudie hervor. In dieser wird erwähnt, dass 70 Prozent der übernachtenden Gäste mit dem Auto anreisen und der Verkehr im Tessin auch zum Problem für den Tourismus selber wird.

Im Kanton Uri, in dem sich die Stimmberechtigten bereits fünf Mal gegen einen zweiten Gotthard-Strassentunnel ausgesprochen haben, wurden viele Unterschriften gesammelt. Im Urkanton stellt sich neben dem Urner Volk auch die Regierung klar gegen eine zweite Röhre.

## Nachteile für die ganze Schweiz

Die negativen Effekte eines weiteren Strassentunnels treffen nicht nur die beiden hauptbetroffenen Kantone Tessin und Uri. Sie wirken sich auf die gesamte Schweiz aus. Eine zweite Röhre bedeutet die Ausdehnung der Strassenkapazität von zwei auf vier Spuren und somit auch die Verdopplung der Anzahl Lastwagen. Eine zweite Röhre zieht mehr Verkehr an – und dies nicht nur zwischen Göschenen und Airolo, sondern auf der gesamten Strecke von Basel und Schaffhausen bis nach Chiasso.

Dass mit einem zusätzlichen Tunnel mehr Sicherheit garantiert wird, ist mehr Schein als Sein. Denn wenn eine zweite Röhre auch nur drei Prozent mehr Verkehr verursacht, geht der Sicherheitsgewinn laut Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) wieder verloren, ja das Risiko für Unfälle wird auf den 300 Kilometern sogar grösser als zuvor. Für Sergio Rossi ist der Bau einer zweiten Röh-

re unter finanzpolitischen Gesichtspunkten eine reine Geldverschwendung. Die Summen, die am Gotthard verlockt würden, wären in anderen Mobilitätsprojekten, wie im Agglomerationsverkehr, besser investiert. Dort, wo täglich Stau herrscht, würde der Verkehr weiterhin stocken, zum Schaden von Wirtschaft und Umwelt. Zum Vergleich: Heute fahren täglich durchschnittlich 17000 Fahrzeuge durch den Gotthard. Auf der Autobahn rund um Buonas verkehren mit knapp 33000 Fahrzeugen pro Tag fast doppelt so viele. Rund um Zürich sind es abschnittsweise über 140000.

## Sabotage der Verlagerungspolitik

Die Abstimmung über eine zweite Röhre am Gotthard wird nun also 2016 stattfinden – im gleichen Jahr, wie der Gotthard-Basistunnel eröffnet wird. Ab 2016 können dank dem 57,1 km langen Eisenbahnkorridor noch viel mehr Güter auf der Schiene durch die Alpen transportiert werden. Professor Sergio Rossi weist denn auch auf die ökonomischen Vorteile der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale hin: «Die NEAT hat ein enormes Wirtschaftspotenzial, weil sie die Reisezeiten für Güter und Personen auf der Nord-Süd-Achse beträchtlich reduziert. Die positive Rückwirkung auf den Immobiliensektor liegt auf der Hand, es braucht dazu jedoch ein nachhaltiges Projekt für eine «Stadt Tessin», eingefügt in den Metropolitanraum zwischen Lombardei und Piemont.»

Angesichts der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels im nächsten Jahr muten die Pläne für eine zweite Röhre geradezu absurd an. Dank des längsten Tunnels der Welt werden auf der Schiene genug Kapazitäten zur Verfügung stehen, um den Güterverkehr konsequent von der Strasse auf die Schiene zu verlagern und die Sanierung des bestehenden Strassentunnels ohne zweite Röhre effizient und kostengünstig zu bewältigen. Eine zweite Strassenröhre hingegen ge-



fährdet die gesamte schweizerische Verlagerungspolitik. Der Zuger Ständerat Peter Bieri, inzwischen zum Befürworter eines zweiten Loches mutiert, sagte einst treffend: «Auch das nationale und internationale Lastwagengewerbe hat doch schlicht kein Interesse mehr, seine Logistik an die neue Verkehrspolitik (die Verlagerung) anzupassen, wenn wir (mit dem Bau einer zweiten Röhre) signalisieren, dass wir ja selber nicht daran glauben.»

#### **Doppelte Bedrohung des Alpenschutzes**

Die Verlagerung des alpenquerenden Gütertransitverkehrs auf die Schiene wurde 1994 mit dem Alpenschutzartikel in die Bundesverfassung aufgenommen. Die im Verlagerungsziel gesetzlich festgehaltene Reduktion auf maximal 650000 jährliche Lastwagenfahrten durch die Alpen sollte dabei bis zwei Jahre nach Eröffnung des Gotthard-Basistunnels realisiert werden. Obwohl gewisse Massnahmen, wie etwa die Einführung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), Wirkung zeigten, ist das Ziel der 650000 Lastwagen pro Jahr noch lange nicht erreicht. Fakt ist, dass auch heute noch jährlich weit mehr als 1,1 Millionen Lastwagen die Alpen auf der Strasse passieren.

Aus dem Versprechen des Bundesrates, den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern, ist also nichts geworden. Im Gegenteil – fast unbemerkt versuchen Politiker heute den Alpenschutz vollständig auszuhebeln. Obwohl der Artikel 84 der Bundesverfassung den Ausbau der Strassenkapazität verbietet, will der Bundesrat einen zweiten Strassentunnel am Gotthard. Das Gesetz, man dürfe dann nur die Hälfte der Kapazitäten nutzen, ist ein gänzlich untaugliches Mittel, den Alpenschutz zu garantieren. Vielmehr würde mit einem Ja zur zweiten Röhre der rote Teppich für die Lastwagenlobby ausgerollt. Gleich-



Fröhlich überreicht von Murmeltieren, Steinböcken und Gämsen: 125000 Referendum-Unterschriften.

zeitig haben Verkehrsministerin Doris Leuthard und FDP-Kreise bereits angedeutet, das Verlagerungsziel von 650000 jährlichen Lastwagenfahrten nach oben korrigieren zu wollen. Die Anpassung und Verwässerung des Verlagerungsziels würde zusätzlich weniger Druck auf die Verlagerung auf die Schiene ausüben und wiederum den Strassenverkehr stärken.

Dieses Problem erkennt auch Sergio Rossi von der Universität Fribourg. Auch für ihn ist klar, dass eine zweite Röhre die Investitionen in die NEAT und die Anstrengungen für die Verkehrsverlagerung auf die Schiene zunichtemachen würden. Eine solche Entwicklung widerspricht einer zukunftsfähigen und ökologisch verantwortungsbewussten Verkehrspolitik und gefährdet den Alpenschutz. Bleibt zu hoffen, dass im Jahr 2016 mit einem Nein gegen eine zweite Röhre und der Eröffnung des längsten Eisenbahntunnels der Welt die Schweiz in der Verlagerungspolitik auf Kurs bleibt. ■

# Be-deutung

Josef Lang, Historiker | Bild BULLETIN

14

**Welche der Daten aus der Reihe 1315 – 1415 – 1515 – 1615 – 1915 – 1945 sind bedeutend? Welche bedeutungslos? Und welche mehrdeutig?**

Die konservative Schweiz begeht im laufenden Jahre 700 Jahre Schlacht am Morgarten, obwohl diese mit der später entstandenen Eidgenossenschaft nichts zu tun hat. Weiter begeht sie 500 Jahre Schlacht bei Marignano, obwohl hier keine Neutralität begründet wurde. Entscheidender für die Geschichte der Eidgenossenschaft ist die Besetzung des Aargaus 1415. Die dadurch entstandenen Gemeinen Herrschaften schufen mit den gemeinsamen Untertanen die wichtigste gemeinsame Aufgabe für die Eidgenossen und deren Tagsatzung. Und viel bedeutender für die Geschichte der Neutralität ist der Wiener Kongress von 1815, an dem die Grossmächte die Eidgenossenschaft zu einem neutralisierten Pufferstaat machten. Noch weniger als mit 1415 können die Konservativen mit 1915, der Zimmerwalder Konferenz der europäischen Kriegsgegner, anfangen. 1945 wiederum steht für eine Schweiz, welche den Krieg unversehrt überstanden hat, nachdem sie den Nazis Kriegsgüter und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt hatte.

## 1315: Gründungszeit ohne Eidgenossen

Spätestens seit Roger Sabloniers Standardwerk «Gründungszeit ohne Eidgenossen» aus dem Jahre 2008 gehört es zur Allgemeinbildung, dass es bei den Konflikten um 1315 nicht um irgendeine Unabhängigkeit gegangen war. Auslöser für die wahrscheinliche Schlacht waren drei Streitigkeiten, welche die Habsburger um Herzog Leopold ins Gehege mit den Schwyzern brachte. Zuerst einmal gab es heftige Landfehden zwischen dem Kloster Einsiedeln, einem Grossgrundbesitzer, und den Schwyzer Viehaltern, die unter Landhunger litten. Der grosse Marchenstreit führte am 6. Januar

1413 zu einem brutalen Überfall der Schwyzer auf das Kloster Einsiedeln. Das durften sich die Habsburger als Schirmvögte des Klosters nicht gefallen lassen.

Beim zweiten Streit, der sich mit dem ersten verschränkte, ging es um die Beerbung der Rapperswiler Herrschaft. Diese hatte auch in den Waldstätten ihre Ansprüche und Interessen. Um die Nachfolge der Rapperswiler kämpften die Habsburger gegen Werner von Homburg, der sich mit den Schwyzern verbündete. Beim dritten Konflikt ging es um den Thronstreit zwischen Ludwig dem Bayern und Friedrich dem Schönen, dem Bruder von Leopold. Schwyz hatte sich auf die Seite des Bayern geschlagen. Dass es dabei nicht um die Verdrängung der Habsburger ging, zeigt der Morgartenbrief selber, der deren Reichsvogtei anerkannte. Es ging den reicher gewordenen einheimischen Eliten um die Festigung ihrer Macht über die Gemeinden und gegenüber den Klöstern.

## 1415: Gründungszeit mit Untertanen

Die Besetzung des habsburgischen Aargaus 100 Jahre später durch die Berner, Zürcher und die inneren Orte geschah auf Einladung des antihabsburgischen Königs Sigismund. Die Schaffung Gemeiner Herrschaften in der Grafschaft Baden und im Freiamt und später in der Ostschweiz und im Tessin gab den Eidgenossen eine gemeinsame Aufgabe, die bis zum Untergang der Alten Eidgenossenschaft 1798 die wichtigste bleiben sollte. Deren Verwaltung war die einzige Frage, in der es nicht Einstimmigkeit brauchte, sondern in der eine Mehrheit reichte. Allein hier vermochte die Zusammenarbeit unter den Eidgenossen eine gewisse Wirksamkeit zu entfalten, auch nach der Glaubensspaltung.

Warum gewann 1415 nie die Bedeutung von 1315, obwohl es doch viel wichtiger war? Mit 1415 wäre die authentischere Geschichte von Unterdrückung und Ausbeutung der Untertanen, die 1798 vier Fünftel der eidgenössischen Bevölkerung stellten, im Fokus gestanden. Und das hätte den Mythen der «Befreiungstradition» und dem demokratischen Ruf der Landsgemeinden widersprochen. Es ist bezeichnend, dass der mehrheitlich liberale Aargau bei den beiden Anläufen zur Gründung eines Schweizer Staates, 1798 mit der gescheiterten Helvetik und 1848 mit dem gelungenen Bundesstaat, eine viel aktivere und positivere Rolle gespielt hat als die mehrheitlich konservative Innerschweiz. Jahreszahlen wie 1291 und 1315 verleugnen die Tatsache, dass die wahren Schweizmacher grossmehrheitlich ehemalige Untertanen waren. Und dass die mehrheitlich konservativen Stadtherrschaften und Landsgemeinden, die bis 1798 das Sagen gehabt hatten, die Hauptgegner einer modernen Schweizer Nation gewesen sind.

## 1515: Marignano und der «Menschenmarkt»

Marignano wird dargestellt als Ende eidgenössischer Grossmachtspolitik und Beginn der Neutralität. Allerdings dürfte die kurz darauf folgende Glaubensspaltung entscheidender zur Kühlung des aussenpolitischen Übermuts beigetragen haben als die verheerende Niederlage vom 14. September 1515. Und die Verknüpfung von Neutralität und Marignano wurde erst 176 Jahre später erfunden.

Eine der wichtigsten Folgen von Marignano war, dass «den französischen Werbern der Zugang zu Europas bedeutendstem Menschenmarkt geöffnet wurde». Dies schrieb der Historiker Jean Jacquet in seiner Biographie über den siegreichen König Franz I. Fortan führte die Eidgenossenschaft – abgesehen von der





Morgarten: Die konservative Schweiz begeht im laufenden Jahre 700 Jahre Schlacht am Morgarten, obwohl diese mit der später entstandenen Eidgenossenschaft nichts zu tun hat.

Bernischen Besetzung der Waadt – keine eigenen Kriege mehr ennet der eigenen Grenzen. Aber sie fütterte jene mit Söldnern. Gemäss dem Zürcher Pfarrer und Statisten Heinrich Waser, der ein entschiedener Gegner der Reisläuferei gewesen ist und 1780 als Aufklärer hingerichtet wurde, haben bis zu seiner Zeit 1,1 Millionen Schweizer Söldner Frankreichs Monarchie gedient. Nur ein Drittel von ihnen ist unverseht zurückgekehrt. Mit dem Pensionenwesen ist eine kleine Minderheit von Kriegsunternehmern sehr reich geworden.

### 1915: Die Schweiz und das «Menschenschlachthaus»

Damit wären wir beim ersten Weltkrieg, der zwanzig Millionen Menschen das Leben kostete. Das «Menschenschlachthaus», wie der Titel eines prophetischen Romans aus dem Jahre 1912 lautete, wurde aus der Schweiz mit Waffen beliefert. 1917 hat der Bundesrat festgehalten, dass «ein grosser Teil der schweizerischen Maschinenindustrie zur eigentlichen Kriegsindustrie» geworden sei. Gegen das Massenmorden, das auch hiesige Profiteure sehr reich machte, organisierte der Sozialistenführer Robert Grimm Zusammenkünfte der europäischen Kriegsgegner in den Schweizer Alpen. Friedenskonferenzen wie die vom September 1915 in Zimmerwald und die vom April 1916 in Kiental entsprechen dem universalistischen Gehalt, den die Neutralität auch haben kann.

Die Schweiz war damals auch das Land, in dem und aus dem am stärksten gegen den Krieg und für den Frieden gewirkt wurde.

### Die zwei Seiten des 8. Mai 1945

Die Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 bedeutete die Befreiung Europas vom Faschismus. Millionen sowjetischer, amerikanischer, britischer, aber auch asiatischer und afrikanischer Soldaten haben dafür mit ihrem Leben bezahlt. Gerade weil sie auch für unser Land gestorben sind, ist es

besonders beschämend, dass dieses 30000 Flüchtlinge in den sicheren Tod zurückgeschickt hat.

Bei den Erinnerungsfeiern an das Ende des Krieges dürfen wir zwei aussereuropäische Tragödien nicht vergessen. Die eine heisst Hiroshima und Nagasaki. Heute gibt es keine ernsthaften Stimmen mehr, die behaupten, der Einsatz der Atombomben durch die USA sei für die Bodigung des japanischen Militarismus notwendig gewesen. Es ist vor allem darum gegangen, die Insel ohne sowjetische Beteiligung zu befreien. Die andere Tragödie heisst Sétif. Am genau gleichen Tag, an dem Europa das Ende der faschistischen Gewalt feierte, verübten französische Truppen im nordalgerischen Sétif ein grausames Massaker, das laut algerischen Angaben 45000 Menschen das Leben kostete. Unter den meist muslimischen Opfern waren etliche Soldaten, die in französischer Uniform gegen die Nazis gekämpft hatten.

Mögen all die Gedenkanklässe dazu beitragen, nationalistischen und abendländischen Dünkel zu hinterfragen und zu bekämpfen! Nur so dienen jene dem Frieden! ■

# Das Gold der Kuh

Jo Lang, Historiker und Vizepräsident Grüne Schweiz | Bild Bio Suisse

16

**An der Delegiertenversammlung von Bio Suisse wurde am 12. November 2014 die Chamer Firma SwissBioColostrum mit dem Grand Prix Bio Suisse Förderpreis geehrt. Hier ein Auszug aus der Laudatio Jo Langs, Jurypräsident Grand Prix Bio Suisse.**

Paracelsus, der als Arzt viel von Gesundheit verstand und als Philosoph seine Einsichten leicht auf den Begriff brachte, hat nicht nur den Satz geprägt: «Die Dosis macht das Gift.» Er hat eine viel wichtigere Aussage gemacht: «Der Tod sitzt im Darm.» Der Darm ist Ausgangspunkt für zahlreiche Erkrankungen. 80 Prozent unseres Immunsystems liegen in unserem Darm begründet.

## Naturheilmittel Colostrum

Glücklicherweise gibt es für Aufbau, Stärkung und Wahrung dieses Immunsystems ein kolossales Mittel mit dem lateinischen Namen Colostrum. Es wird auch Erstmilch, Vormilch, Kolostralmilch, bei Kühen, Schafen und Ziegen auch Biestmilch, Biemst oder Brieschmilch genannt. Das Kolostrum enthält eine riesige Vielfalt von wirksamen Ingredienzien wie Immunglobuline, Wachstumsfaktoren, Vitamine, Mineralstoffe und Aminosäuren. Es enthält in sich die Vorzüge des Mineralischen, Pflanzlichen und Tierischen und ist deshalb ein vielseitiges Naturheilmittel.

Auf vielen Bauernhöfen hat man die überflüssige Biestmilch ins Gülleloch geschüttet. Das war die Regel. Nur ausnahmsweise hat ein Bauer für den Ernstfall, dass eine Mutterkuh keine Milch abgibt oder stirbt, Biestmilch aufbewahrt. Bekanntlich ist ein Kalb ohne Kolostrum kaum lebensfähig.

## Fertig mit Food-Waste!

Seit sechs Jahren haben die Bio-Betriebe die Möglichkeit, den wert-

vollen Rohstoff «Gold der Kuh» zu veredeln. Der Biobauer und Naturwissenschaftler Gian-Carlo Keller gründete mit Marc-René Paravicini, Naturheilpraktiker und Architekt, die Firma SwissBioColostrum AG. Sie verwenden ausschliesslich Immunmilch von Biobetrieben. Sie



Die prämierten Gian-Carlo Keller und Marc-René Paravicini zusammen mit Jo Lang.

sammeln jährlich 2000 Liter Knosp- und Demeter-Kolostrum in etwa 50 Schweizer Betrieben ein.

Der Zuschuss, der bei grösseren Lieferanten über 3000 Franken betragen kann, hat beim Jury-Entscheid für SwissBioColostrum eine Rolle gespielt. Sonst wäre es uns noch schwerer gefallen, unter den 9 Projekten das stärkste auszuwählen. Für Jean-Claude Cattin, Vertreter der Chemins du Bio, für Samuel Krähenbühl, Chefredaktor des «Schweizer Bauern», für Urs Brändli, Präsident von BioSuisse, für Andreas Käsermann, Leiter der Medienstelle BioSuisse, und für mich lautete das stärkste Argument aber: Fertig mit Food-Waste, kein Kuh-Gold mehr in die Gülle!

## Ein edles Produkt

Die Produkte der SwissBioColostrum gelangen über Drogerien und Apotheken, Naturheilpraktiker und Arztpraxen unter der Marke QuraDea an die KonsumentInnen. Mit China und Taiwan besteht ein Exklusivvertrag mit regelmässigen Lieferungen. Allerdings ist es das Ziel von SwissBioColostrum, das edle Produkt im Land selber zu verkaufen.

Den Ablauf aus bäuerlich-betrieblicher Sicht habe ich mir von Martin Hümbelin, einem Demeter-Bauern aus dem Solothurner Jura, erklären lassen. Hümbelin betreibt für vier weitere Demeter-Bauern aus der Gegend ein Kühlraum-Depot. Ungefähr alle vier Monate kommt Gian-Carlo Keller persönlich vorbei und holt 40 bis 50 PET-Flaschen Kolostrum à 1,5 Liter ab. Nachdem eine Kuh gekalbt und der Bauer sie angerüstet und gemolken hat, füllt er PET-Flaschen mit jenem Rest an Biestmilch ab, den das Kalb innerhalb der ersten zwölf

Stunden nicht zu trinken vermag. Die PET-Flaschen werden ihm von der SwissBioColostrum zur Verfügung gestellt. Der Bauer füllt ein kleines Proberöhrchen ab und schreibt auf eine vorgedruckte Etikette die Ohrmarken-Nummer der Kuh. Flasche und Röhrchen werden eingefroren. Weiter haben sie ein «Kontrollblatt Melkung» auszufüllen, das gleichzeitig als Lieferschein dient.

Mit diesem achten Förderpreis von Bio Suisse zeichnen wir ein Projekt aus, zu dem man sich fragt: Warum entstand es erst 2008? Höchste Zeit, dass SwissBioColostrum 2014 von Bio Suisse geehrt und gefördert wird. Paracelsus würde sicher mitgratulieren. ■



# Gute Bildung für alle!

Luisa Jakob, Kampagnenteam Stipendieninitiative | Bild VSS

**Die vom VS, Verein der Schweizer Studentenschaften, lancierte Stipendieninitiative will die Regeln für tertiäre Ausbildungen schweizweit vereinheitlichen. Davon profitieren nicht nur junge Leute, sondern auch gestandene Berufsleute, die beispielsweise die Meisterprüfung absolvieren wollen.**

Ein Stipendium, das ist ein finanzieller Zuschuss für junge Leute aus Familien mit wenig Geld, damit sie die Ausbildung machen können, die am besten zu ihnen passt. Ein Stipendium bekommt z. B. die junge Nidwaldner Polymechanikerin aus einer kinderreichen Familie mit wenig Einkommen, die eine Weiterbildung zur Maschinenbauerin an der höheren Fachschule machen will. Aber natürlich auch ein Medizinstudent, welcher das Studium direkt an seinen Maturaabschluss anhängt. Was viele nicht wissen: Stipendien sind nicht nur für ein Universitätsstudium, sondern für alle Aus- und Weiterbildungen auf der tertiären Stufe. Mit einem faireren Stipendienwesen kann verhindert werden, dass sich die junge Nidwaldnerin aus dem obigen Beispiel aus finanziellen Gründen gegen eine Weiterbildung entscheidet. Das ermöglicht einen verbesserten Zugang zur Bildung und sorgt auch für den dringend benötigten Nachwuchs. Denn heute ist ein Studium anders als früher. Viele studieren an einer Fachhochschule, an der prinzipiell Vollzeit oder berufsbegleitend studiert wird. Aber auch an den ETHs und Universitäten gibt es die Tendenz zum Vollzeitstudium, dieses mit einer Nebenerwerbstätigkeit zu vereinbaren ist schwierig.

## Mehr Studierende, weniger Stipendien

Ein kleiner historischer Rückblick verdeutlicht die heutige Problematik. Die schweizerische Bildungslandschaft hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Es kamen neue Hochschultypen hinzu, die Anzahl der Studierenden im tertiären

Bereich stieg an und die Durchlässigkeit der Systeme wurde weiter ausgebaut. So hat sich die Anzahl der Studierenden seit 1990 verdreifacht, von gut 85000 auf knapp 260000 im Jahr 2009. Diese Zahlen veranlassen einen, davon auszugehen, dass der



«Stipendien sind kein Glücksspiel» – Aktion des VSS an der Universität Zürich.

Zugang zur Bildung im tertiären Bereich einfacher geworden ist. Die Entwicklung des Stipendienwesens in der Schweiz lässt diesen Schluss allerdings nicht zu. Das gesamtschweizerische Stipendienvolumen hat seit 1993 inflationsbereinigt um fast ein Viertel abgenommen. Gleichzeitig nimmt die Erwerbstä-

tigkeit der Studierenden stark zu, 77 Prozent der Studierenden arbeiten neben dem Studium.

## Initiative fordert Harmonisierung

Eine weitere Problematik ist die föderalistische Ausgestaltung des schweizerischen Stipendienwesens. Die Kriterien für die Stipendienberechtigung, der Stipendienumfang und die Anzahl Stipendienberechtigter unterscheiden sich von Kanton zu Kanton. So erhalten beispielsweise im Kanton Nidwalden nur 0,4 Prozent der Wohnbevölkerung ein Stipendium. Dieses beträgt dann auch nur durchschnittlich 6000 Franken. Während hingegen im Kanton Waadt etwas mehr als 0,8 Prozent der Bevölkerung ein Stipendium erhalten und dieses durchschnittlich über 9500 Franken liegt. Die Stipendieninitiative fordert daher einerseits die Vergabe von Stipendien schweizweit einheitlich zu regeln und andererseits festzulegen, dass ein Stipendium den minimalen Lebensstandard decken muss. Sie fordert, dass der Staat seiner Aufgabe – für einen freien Zugang zur Bildung nach Fähigkeiten und nicht nach finanziellem Hintergrund zu sorgen – nachkommt.

## Ja zur Stipendieninitiative!

Es ist zudem ein bedenklicher Trend hin zur Privatisierung des Stipendienwesens zu beobachten, wie beispielsweise im Kanton Luzern. Umso mehr braucht es nun eine nationale Lösung, die Mindestvorgaben beinhaltet. Es kann nicht sein, dass man sich einerseits über den Mangel an Fachkräften beklagt und auf der anderen Seite nicht in die Ausbildung investiert. Die Stipendieninitiative setzt genau dort an und trägt somit zur Chancengleichheit bei. ■

# Baby nach Mass?

Franziska Felder, Leiterin Studienbereich Gesellschaft und Behinderung an der Paulus-Akademie, Zürich | Bild BULLETIN

18

**Am 14. Juni stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ab. Entschieden werden soll, ob das derzeit in der Schweiz bestehende Präimplantationsdiagnostik-Verbot bei einer künstlichen Befruchtung aufgehoben wird. Sagt das Volk Ja, dann tritt das PID-Gesetz in Kraft.**

Das Gesetz sieht vor, dass nicht nur Paare, die von schwerer Erbkrankheit betroffen sind, Embryonen im Reagenzglas testen lassen können, sondern alle Paare, die sich einer künstlichen Befruchtung unterziehen. Bei solchen Screenings ist es also auch möglich, spontan auftretende Genmutationen wie beispielsweise Trisomie 21 zu testen. Damit geht der geplante Gesetzestext deutlich weiter als ursprünglich vom Bundesrat angedacht. Dieser hatte eine restriktive Regelung vorgeschlagen, wonach nur ein Test auf bestimmte Erbkrankheiten bei entsprechend vorbelasteten Paaren erlaubt gewesen wäre.

## Bedenken und ...

Die Gegner der PID haben folgende Bedenken und Gründe für ihre Position: Sie argumentieren, dass die PID eine Selektion menschlichen Lebens darstellt, die letztlich auf einem Werturteil über behindertes Leben beruht. Schliesslich bedeute die PID eine Selektion befruchteter Eizellen hinsichtlich verschiedener Aspekte, darunter vorgeburtlich diagnostizierbare Behinderungen wie beispielsweise Trisomie 21. Damit, so argumentieren die Gegner, werde angenommen, dass es besser sei, ein behindertes Kind käme gar nicht zur Welt. Sie befürchten darüber hinaus, dass im Zuge einer Verbreitung und flächendeckenden Anwendung der PID auch der gesellschaftliche Druck auf bereits lebende Menschen mit den entsprechenden Behinderungen steigt und damit deren Würde gefährdet ist. Dieses «Argument der schiefen Ebene» ist ein auf die Zukunft gerichtetes Argument, das die

Befürchtung äussert, dass eine Liberalisierung der Selektion menschlichen Lebens zu einer Abnahme von Solidarität in der Gesellschaft führt, und dass am Ende dieses Entsolidarisierungsprozesses gar das Recht auf Leben für behinderte Menschen bezweifelt wird. Und noch eine weitere Sorge der Gegner ist zukunftsgerichtet: Öffnet die PID Tür und Tor für sogenannte Designerbabys? Es ist medizinisch ja nicht nur möglich, Embryonen auf vererbte Behinderungen oder Genmutationen zu testen, sondern (allerdings in der Vorlage ausgeschlossen) auch auf Aspekte wie Geschlecht. Wird es also in Zukunft möglich sein, sich ein Baby nach Mass zu kreieren, ausgestattet mit dem gewünschten Geschlecht oder der präferierten Augenfarbe? Gerade von konservativer und kirchlicher Seite wird darüber hinaus noch eine weitere Frage gestellt: Wird mit der PID das Recht auf Leben eines Embryos verletzt?

## ... Chancen?

Die Befürworter der PID argumentieren vorwiegend damit, dass das Vorliegen einer Behinderung, gerade einer schweren Erbkrankheit, zu unverhältnismässigen Belastungen für die Eltern und zu schwerem Leid bei mit solchen Behinderungen geborenen Kindern führen kann. Aus diesem Grund solle der Staat Paaren bei einer künstlichen Befruchtung die Möglichkeit zur Selektion gesunder Embryonen geben. Gegenüber der bereits jetzt erlaubten pränatalen Diagnostik PND, die beim Vorliegen einer diagnostizierten Behinderung häufig zu Abtreibungen führt, könne darüber hinaus das Leid einer Ab-

treibung für die Frau und das Paar vermieden werden. Nach Ansicht der Befürworter der PID stellt also diese medizinische Massnahme eine moralische Verbesserung gegenüber der PND dar. Darüber hinaus argumentieren die Befürworter, dass die PID ein Recht für die Eltern impliziert, nicht aber eine Pflicht. Tatsächlich wird bei Annahme des PID-Gesetzes niemand gezwungen, eine künstliche Befruchtung und darüber hinaus selektive, diagnostische medizinische Massnahmen in Anspruch zu nehmen. Gerade gegen konservative und kirchliche Kreise wird weiter von BefürworterInnenseite argumentiert, dass bei einer Gleichsetzung der Tötung einer befruchteten Eizelle oder eines Embryos mit der Verletzung des Rechts auf Leben und Würde dieser Wesen auch andere Massnahmen, beispielsweise der Gebrauch einer Spirale zur Verhütung oder die Pille danach, bereits moralisch verwerfliche Handlungen wären. Jegliche Verhütungsmittel, welche die Einnistung befruchteter Eizellen verunmöglichen, wie auch Abtreibungen, müssten mit dieser Argumentation in jedem Falle verboten sein. Das ist aber eine Position, auf die sich nur sehr wenige Menschen stellen. So hat sich in unserer Gesellschaft die Auffassung durchgesetzt, dass das Recht der Frau auf Wahrung ihrer Würde und psychischen Integrität (beispielsweise bei einer Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung) mehr zählt als das Recht einer befruchteten Eizelle auf Leben.

## Selektionskriterien

Auch bestreiten die Befürworter der PID, dass aus der Entscheidung zukünftiger Eltern, lieber einen gesunden Embryo einzupflanzen statt eines kranken oder behinderten, zwangsläufig ein Urteil über lebenswertes oder nicht lebenswertes Leben impliziert sei. Und tatsächlich scheint es vereinbar zu sein, sich beispielsweise lieber ein Leben ohne Chromosomen-

störung zu wünschen und gleichzeitig das Leben von betroffenen Menschen für lebenswert zu halten und ihre bessere gesellschaftliche Integration zu fordern. Zutreffend scheint allerdings dennoch, dass der Staat mit der Liberalisierung der PID gewissermassen signalisiert, dass beispielsweise eine Chromosomenstörung ein relevantes und legitimes Kriterium für eine Selektion darstellt, während es die Augenfarbe oder das Geschlecht nicht ist. In einem wichtigen Punkt aber unterscheidet sich die mit der PID verbundene neue, liberale Form der Eugenik von einer Eugenik, wie sie beispielsweise im 19. Jahrhundert verbreitet war: Sie wird nicht staatlich verordnet, sondern sie entspricht individuellen Rechten von Personen. Diese können die medizinischen Massnahmen wie vorgeburtliche Diagnostik oder künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen, sie müssen aber nicht. Der Staat stellt Paaren damit gewissermassen die medizinischen Möglichkeiten zur Verfügung, indem er rechtliche Bereiche eröffnet, er zwingt sie aber gleichzeitig nicht, diese Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

### Hohe Komplexität

Die verschiedenen Argumente, die von Gegnern wie Befürwortern der PID in die Debatte eingebracht werden, weisen auf eine komplexe Sachlage hin. Das zeigt sich beispielsweise beim von den Gegnern eingebrachten «Argument der schiefen Ebene», das ein Abnehmen gesellschaftlicher Solidarität mit behinderten Menschen und deren Angehörigen zum Inhalt hat. Nicht nur dürfte es sehr schwierig sein, eine erfolgte Abnahme gesellschaftlicher Solidarität originär auf eine medizinische Massnahme wie die PID zurückzuführen. Da das Argument darüber hinaus Aussagen über die Zukunft macht, ist zum jetzigen Zeitpunkt auch schwierig abzusehen, ob die befürchtete Entwicklung tatsächlich eintritt. Den-



Die Präimplantationsdiagnostik: Eine Debatte vor dem Hintergrund einer komplexen Sachlage!

noch sollte das Argument respektive die dahinter stehende Befürchtung auch nicht zu leichtfertig als absurd und mit dem Hinweis, es handle sich dabei ja nur um Rechte und nicht um Pflichten, abgetan werden. Denn die von den Befürwortern der PID vorgebrachten Gründe, eine Behinderung stelle je nachdem eine unzumutbare Belastung für die Eltern dar und führe darüber hinaus beim Kind zu grossem Leid, entspricht ja nicht nur einer individuellen Wahrnehmung und Entscheidung eines Paares, losgelöst von gesellschaftlichen Bezügen. Im Gegenteil. Die Wahrnehmung, ein Leben mit Behinderung sei vor allem ein schwieriges, leidvolles Leben und müsse daher nach Möglichkeiten verhindert werden, wird auch gesellschaftlich geprägt. Und die persönliche Beantwortung der Frage, ob ein behindertes Kind vor allem eine Belastung darstellt oder eine Bereicherung des eigenen Lebens, hängt für ein Paar mit Kinderwunsch nicht zuletzt davon ab, welche Unterstützung es mit einem behinderten Kind aus dem eigenen Umfeld und von der Gesellschaft erfahren würde. ■



# Würdevoll sterben – aber wie und wo?

Paul Iten, Gemeinderat und Sozialvorsteher Oberägeri | Bild Palliative Zentralschweiz

20

**Im Kanton Luzern haben zehn Gemeinden aus Spargründen beschlossen, aus dem Brückendienst auszusteigen. Der Brückendienst bietet unheilbar Kranken eine Betreuung, damit sie zu Hause sterben können. Wie reagiert die Politik?**

**Wanderausstellung Palliative Care**

28. März - 3. April 2015  
Alterszentrum Neustadt  
Bundesstrasse 4, Zug

Rahmenprogramm während der Ausstellung:

**Vernissage**  
Samstag, 28. 3. 2015, 15.00 Uhr  
Eröffnungsrede und musikalische Umrahmung

**Stille & Worte**  
Sonntag, 29. 3. 2015 bis Donnerstag, 2. 4. 2015, 13.00 - 13.30 Uhr  
Tägliches Angebot zur gemeinsamen Besinnung

**Nah sein in schwerer Zeit**  
Sonntag, 29. 3. 2015, 16.30 - 17.30 Uhr  
Vorstellung der Seelsorgebegleitung in der Palliative Care

**Dokumentarfilm «Chrigu»**  
Montag, 30. 3. 2015, 19.00 Uhr im Burgbachtal Zug  
Ein bewegendes Dokument über ein kurzes Leben

**Generalversammlung Palliativ Zug**  
Dienstag, 31. 3. 2015, 18.00 Uhr  
Danach um 19.30 Uhr öffentlicher Vortrag «Sterbe, wer will?»

**Welt-Café**  
Mittwoch, 1. 4. 2015, 18.30 - 20.00 Uhr  
Ein spielerischer Austausch über die Gestaltung des Lebensendes

**Finissage**  
Karfreitag, 3. 4. 2015, 11.00 Uhr  
Kammerchor der Kantorei Zug  
Texte & Musik zum Thema «Trauer-Abschied-Hoffnung»

**Öffnungszeiten**  
28. 3. 15.00 - 19.00  
29. 3. 9.00 - 19.00  
30. 3. 9.00 - 19.00  
31. 3. 9.00 - 19.00  
1. 4. 9.00 - 19.00  
2. 4. 9.00 - 19.00  
3. 4. 9.00 - 14.00  
Betreuung der Ausstellung:  
13.00 - 16.00

Das Brückendienst-Angebot heisst Palliativ Care. Jede Umfrage zeigt, dass über 80 Prozent der Menschen zu Hause sterben möchten. Palliativ Care sei zu teuer, heisst es. Da stellen sich schon einige Fragen, zumal jeder von uns wohl einmal wird sterben müssen. Es gibt eine nationale Strategie, welche definiert, dass medizinische und pflegerische Angebote für mehr Lebensqualität in der letzten Lebensphase zur Verfügung stehen sollten. Heute sterben jährlich 60000 Menschen in der Schweiz. Laut Bundesamt für Statistik werden im Jahre 2050 in der Schweiz über 90000 Menschen jährlich sterben. 90 Prozent der Sterbenden verlassen diese Welt nach einer längeren Pflegephase.

werden müssen – wofür die Kassen, der Kanton, die Gemeinden oder die Patienten zuständig sind.

### Verschiedene Institutionen

Heute schon wird sehr viel gute Arbeit geleistet. Es ist richtig, wenn dies koordiniert und verbessert wird. Das Sterben darf aber nicht über-professionalisiert werden. Bei uns werden viele Menschen von ihren Angehörigen und auch von Freiwilligen sehr gut in den Tod begleitet. Wir haben im Kanton Zug viele Institutionen, welche sich der Menschen in der letzten Lebensphase annehmen. Der Verein Palliativ Zug zum Beispiel informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen der Palliative Care. Dieser Verein orga-

nisiert Veranstaltungen und Informationen über Bedingungen und Möglichkeiten, damit bis zum Tod ein würdevolles und lebenswertes Leben geführt werden kann. Er hat sich auch eingesetzt, dass in der Zentralschweiz ein Sterbehospiz geschaffen wird.

Ein weiterer Verein Hospiz Zug wurde 1992 gegründet mit dem Ziel, schwerkranken und sterbenden Menschen und ihren Nahestehenden in der letzten Lebensphase unterstützend zur Seite zu stehen, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Freiwillige helfen den Sterbenden und Angehörigen spirituell und in vielen Gesprächen.

Spitex Zug schliesslich hilft den Menschen in dieser letzten Lebensphase mit Fachpersonal und Pflege. Für Sterbende bietet Spitex Zug inzwischen auch nachts Pflege an, um den kranken Menschen und den Angehörigen helfen zu können. Zudem hat der Kanton Zug auch Betten in der Palliativstation in Affoltern am Albis reserviert. Rund 50 Zuger werden im Säuliamt auf spezielle Art betreut und gepflegt. Hier findet auch eine medizinische Betreuung statt.

### Grosse Ausstellung

Eine Gesellschaft, die alles unternimmt, damit Frühgeburten überleben, sollte es doch auch schaffen, Menschen dann beizustehen, wenn sie an ihrem Lebensende angekommen sind. Dann sollte man sich nicht als überflüssig vorkommen müssen und noch lebenswerte Tage im Kreise der Familie erleben dürfen. Der Verein Palliative Zentralschweiz hat eine Wanderausstellung zum Thema Palliative Care lanciert. Diese will die Öffentlichkeit sensibilisieren. Diese Ausstellung wandert durch alle sechs Zentralschweizer Kantone. In Zug wird sie vom 29. März bis zum 3. April 2015 im Alters- und Pflegezentrum Neustadt Zug zu sehen sein. ■

# Familiendiversität ist schön!

Aline Trede, Nationalrätin Grüne | Bild BULLETIN

**Wir müssen den Familienbegriff neu definieren, da er heute anders gelebt wird als noch vor 100 Jahren. Die Gesellschaft verändert sich. Die Politik muss diesen Prozessen mit den nötigen Anpassungen gerecht werden. Familienpolitik muss die individuellen Rechte aller Menschen gewährleisten. Der Staat soll allen die Wahlfreiheit und die nötige Unterstützung garantieren.**

Familienpolitik muss gut koordiniert sein. Sie soll der Gleichstellung dienen, die Generationensolidarität festigen und die Chancengleichheit stärken. Sie soll Armut verhindern und Lebensqualität fördern. Jedem Menschen steht ein Familienleben nach seiner eigener sexuellen Orientierung zu, ohne diskriminiert oder verurteilt zu werden. Jeder Mensch soll die nötige Zeit und Ressourcen für seine eigenen Kinder zur Verfügung haben.

## Noch eine schreckliche CVP-Initiative

Die zweite «Familieninitiative» der CVP gegen die Heiratsstrafe ist die nächste familienpolitische Vorlage, welche vors Volk kommt. Sie schreibt die Ehe als eine Verbindung von Mann und Frau vor. Diese Modellvorstellung ist total veraltet und entspricht überhaupt nicht mehr der Realität. In der CVP-Vorstellung heisst Familie: Vater, Mutter und zwei Kinder. Das ist ein schönes Bild für den goldenen, verstaubten Bilderrahmen, aber nicht für die heutige moderne Zeit. Jegliche gleichgeschlechtliche Beziehungen wären von der Heiratsstrafbefreiung ausgeschlossen. Die CVP hat unterdessen selber gemerkt, dass sie an ihrer Wählerbasis vorbeipolitisiert und schlägt einen Gegenvorschlag zu ihrer eigenen Initiative vor, welche die Ehe nicht mehr explizit nennt und definiert. Wir können also noch hoffen.

## Familiendiversität ist längst Realität

Ob nun Sophie und Alisa zusammen Kinder haben, oder Felix und Raoul – sie und ihre Kinder haben ein Recht auf eine Ehe, auf Adop-

tion und auf ein gemeinsames Sorgerecht. Ob Dina oder Lukas, welche alleinerziehend sind. Sie haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, welches nicht an der Armutsgrenze stattfindet. Ob Pascal, welcher frischgebackener Vater ist. Er hat ein Recht auf seine Rolle als verantwortungsvoller Vater mit mehr Teilzeitarbeit, mehr Verantwortung in der Kinderbetreuung und somit einer aktiven Vaterschaft. Ob Rafael und Maria, die eine Patchwork-Familie bilden: Sie wollen, dass ihre Rolle als Stiefeltern anerkannt ist. Ob Lisa und Frédéric, welche unverheiratet sind, drei Kinder haben und Teilzeit arbeiten möchten. Und zwar beide, nicht nur Lisa. Alle diese Beispiele – frei kombinierbar – gehören in unsere Gesellschaft, und noch viele mehr. Und deshalb brauchen wir eine familienpolitische Reform, welche es jedem Familienmodell ermöglicht, ein wirtschaftlich abgesichertes Leben zu führen:

- Familienrecht anpassen, insbesondere das Adoptions- und Eherecht für gleichgeschlechtliche Paare
- Care-Arbeit bei Unterhalts- und Vorsorgeregelungen berücksichtigen
- Steuerabzüge ersetzen durch ein sozial gerechteres Zulagensystem; Lohngleichheit und Individualbesteuerung
- Elternurlaub, welcher beide oder mehrere Elternteile gleichberechtigt und gleich fördert
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, mit innovativen und familienfreundlicheren Ausbildungs- und Arbeitsmodellen (z.B. Jobsharing, flexible

- Arbeitszeiten, zugänglichere Teilzeitarbeit für Männer), Tagesschulen, flexible Kindertagesstätten
- Ergänzungsleistungen für Familien, für von Armut betroffene Eltern, Väter, Mütter und Kinder

21

## Alle Familienformen sind gleichberechtigt

In der Familienfrage geht es um Wohnungs-, Bildungs- und Arbeitspolitik, Armutsbekämpfung, Gleichheit, Kinderpolitik, Steuer- und Rechtsfragen – deshalb braucht es eine



Vater, Mutter (und zwei Kinder) – ein Bild für den goldenen, verstaubten Bilderrahmen. Die Ausschliesslichkeit des klassischen Ehemodells ist überholt. Eine familienpolitische Reform ist nötig.

gute Koordination zwischen diesen verschiedenen Aspekten. Genau dafür fordern die Grünen ein Staatssekretariat für die Familie, welches sich gebührend um dieses wichtige Thema kümmert. Und was Familie in diesem Fall heisst, ist für uns klar: Alle Familienformen sind gleichberechtigt, keine Form ist besser und deshalb heiliger. Jeder Mensch in der Schweiz und auf der Welt hat ein Recht darauf zu wählen, wie er leben möchte. ■

# Ausverkauf des Planeten

Prof. Katharina Prelicz-Huber, Gemeinderätin Grüne Zürich, Präsidentin VPOD Schweiz | Bild BULLETIN

22

**Die Doha-Runden stocken, weil sich die Länder des Südens gegen die ungleichen Marktbedingungen und die weitere Ausbeutung erfolgreich gewehrt haben. Das wollen sich die reichen Industriestaaten nicht bieten lassen und verhandeln auf Initiative der mächtigen Konzerne seit 2012 hinter verschlossenen Türen der WTO-Räume in Genf unter aktiver Mitarbeit der Schweiz ein neues Abkommen: Das Freihandelsabkommen über Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement). Die plurilateralen Verhandlungen laufen ausserhalb jeglicher demokratischer Strukturen und in völliger Geheimhaltung.**

Die Staatengruppe, die das TiSA vorantreibt, nennt sich selber «The Really Good Friends of Services» – die Verhandlungsführenden sind allerdings alles andere als Freunde der öffentlichen Dienstleistung. Alle Dienstleistungen, insbesondere des Service Public sollen dem globalen Markt geöffnet werden: Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr usw. Damit wäre zukünftig nicht mehr gesichert, dass ein breiter und qualitativ guter Service public für alle bis in die Randregionen angeboten werden kann. Trinkwasser, eine gute Bildung oder eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung wären also möglicherweise nur noch privat zu beziehen und – wie andere Länder zeigen – damit für einen grossen Teil der Bevölkerung nicht mehr bezahlbar. Der Zugang zu lebenswichtigen Gütern bleibt damit vielen Menschen verwehrt. Ein Rückschritt, den wir nicht riskieren dürfen! Mit diesen separaten Verhandlungen werden nicht zuletzt die Länder des Südens ausgetrickst. Das TiSA-Abkommen wird nach



Wasser: Zugang zu lebenswichtigen Gütern muss allen Menschen möglich sein!

dem Geschmack der reichen Industrieländer gebaut und alle andern Länder werden faktisch gezwungen, die Regeln zu übernehmen. Ausgesprochen störend ist, dass diese Verträge unkündbar sind und noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen die Resultate geheim bleiben sollen. Die Bevölkerung wird also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Zusätzlich zu diesem undemokratischen Vorgehen verhandelt der Bundesrat ohne korrektes Mandat: Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Man-

dates, obwohl TiSA ausserhalb der WTO und nach neuen Spielregeln funktioniert. Gemäss TISA muss anfänglich jeder Vertragsstaat eine Liste der Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen sind. Für alles, was auf der Liste fehlt, gilt zwingend die Marktöffnung. Damit werden künftige Leistungen automatisch privatisiert. Darunter fallen auch kommunale Strukturen. Alle künftigen Dienstleistungsarten wie bspw. ein neuer Energieträger, die wir heute noch nicht kennen und die deshalb auf der Negativ-Liste fehlen, wären zwingend dem globalen Markt unterstellt. Demokratische Entscheidungsprozesse werden übergangen.

**TiSA-freie Zonen**  
Seit einem Jahr beginnen sich in der Schweiz und weltweit die Proteste gegen TiSA zu formieren. Es braucht jetzt ein starkes Zeichen der Gesellschaft und der Politik, das dieses undemokratische und gefährliche Vorgehen stoppt. Zur Erinnerung: vor zehn Jahren hat der weltweite Protest, den die Grünen aktiv unterstützt haben, zur Blockade der GATS-Verhandlungen geführt. Zurzeit läuft eine vom VPOD lancierte Petition «Stop-TiSA», die bereits von einigen Tausend Personen unterschrieben worden ist. In verschiedenen Städten und Gemeinden sind vorwiegend von grünen Mitgliedern Vorstösse für TiSA-freie Zonen in den Parlamenten eingereicht worden. Zudem soll abgeklärt werden, wie gegen den Bundesrat Klage erhoben werden kann und er die Bevölkerung informieren muss. 2014 hat sich das Städtchen Carouge als erste Schweizer Stadt zur TISA-freien Stadt erklärt. Es folgen hoffentlich bald die Städte Bern und Zürich. TiSA torpediert die Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Setzen wir ein Zeichen für einen starken Service public und eine offene, faire Demokratie mit einer «TiSA-freien Zone Schweiz». ■



# Der Aufrechte aus dem Tösstal

Jean Ziegler | Bild AL Zürich

**Bertolt Brecht schrieb: «So viel ist gewonnen, wenn nur einer aufsteht und Nein sagt!» Der Dissens ist der Atem der Demokratie.**

Diese Woche stand vor der Zürcher Strafjustiz ein Mann, dem die Schweiz Dankbarkeit und Bewunderung schuldet. Sein Name: Rudolf Elmer. Ich lernte ihn auf einem Transatlantikflug kennen. Dann sahen wir uns wieder bei einer Sendung des österreichischen Fernsehens. Thema war der helvetische Bankenbanditismus. Die präzise, kluge und ruhige Art der Argumentation von Elmer war bewundernswert.

verhaftet und in Handschellen gelegt. Er wird ins Winterthurer Bezirksgefängnis eingeliefert und dort 188 Tage lang eingelockt. Elmers Geschichte ist empörend und banal zugleich. Sie ist eine Illustration des Schweizer Bankenbanditismus und der Nachsichtigkeit der Justiz gegenüber den Mogulen von der Zürcher Bahnhofstrasse. Acht Jahre lang war der heute 59-jährige diplomierte Bankkaufmann Geschäftsführer der Julius Baer Bank

Aufrechten aus dem Tösstal – und vor allem auch seine Familie – psychisch und finanziell mürbe zu machen. Ohne Erfolg. Elmer blieb standhaft.

## Der Whistleblower

2008 übergab er Dokumente an die Internetplattform Wikileaks. Diese enthüllten die Strategie der Bär-Banker zur Steuerhinterziehung. Der helvetische Whistleblower hatte plötzlich internationale Aufmerksamkeit. Und die Verlogenheit der Bank wurde sichtbar. Hoffnung gibt es: Der bekannte Zürcher Filmemacher Werner Schweizer dreht einen Film über El-

23



Für Anstand, Mut und Gerechtigkeit: Rudolf Elmer kandidiert in Zürich für die Alternative Liste.

## Schwerverbrecher

Das Bezirksgericht Zürich verurteilte Elmer zu einer bedingten Geldstrafe wegen der Weitergabe von Bankdaten. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, Elmer habe in krasser Weise das Bankgeheimnis verletzt, sei aber nicht erwiesen. Trotzdem will Elmers Verteidigerin in die Berufung gehen. Sie verlangt einen Freispruch.

Ein kalter Januarabend im Jahr 2011: In seiner Wohnung in einem Dorf im Zürcher Tösstal wird «Schwerverbrecher» Elmer von einem Kommando der Zürcher Polizei vor seiner Familie

and Trust Company auf den Cayman-Inseln gewesen. Das Bankhaus betrieb in diesem durch und durch korrupten Steuerparadies, was viele andere Schweizer Privatbanken auch betrieben: aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung. 2002 hielt es Elmer nicht mehr aus. Er bat seine Vorgesetzten, mit diesem dubiosen Geschäft aufzuhören. Die Folge: Er wurde gerügt, entlassen und schliesslich mit aller Gewalt der Justiz verfolgt. Die Bank Bär hatte Privatdetektive, Söldner in der Presse und jede Menge hochbezahlter Anwälte mobilisiert, um den

mer. Wie alle seine bisherigen wird wohl auch dieser Film grosse internationale Beachtung finden. Und: Rudolf Elmer kandidiert im April bei den Zürcher Kantonsratswahlen für die Alternative Liste. Wer Anstand, Mut und Gerechtigkeit hochhält, sollte für ihn stimmen. ■

## Kolumne

Diese Kolumne erschien im vergangenen Januar in der Gewerkschaftszeitung work, wo Jean Ziegler regelmässig Kolumnist ist ([www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)).

# Lokalpolitik mit Weltblick

Andreas Hürlimann, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug

24

**Martin Stuber hat sich nach langem politischem Engagement in den Zuger Parlamenten Ende 2014 aus dem Kantonsrat verabschiedet. Ein engagierter Politiker tritt zukünftig etwas kürzer.**

Im Januar 2015 führte die «Tour de Stubi» WeggefährterInnen von Martin Stuber aus seinem bisherigen politischen Wirken zu einem Stadtrundgang zusammen. An verschie-



denen Stationen konnte man viele spannende Inputs zum politischen Wirken von Martin Stuber erfahren. Mit diesem Rückblick dankten ihm seine Partei und seine BegleiterInnen für seine politische Arbeit. Ob zur Informatik, dem öffentlichen Verkehr oder der Energiepolitik: Stubi verstand es in Zug wie nur wenige andere, politische Fragen der gemeindlichen oder kantonalen Politik in grössere Zusammenhänge zu stellen. Er zeigte Weltblick indem er z.B. Edward Snowden mit dem

Scannen von Zuger Steuerdaten oder unsere Mobilität mit der Frage des Peak Oil verband. Und er machte dies für eine breite Bevölkerung auf eine verständliche Art und Weise, immer wieder auch im BULLETIN der Alternativen. Manche mögen an dieser Stelle einwerfen, dass seine Ausführungen nicht immer «kurz und knapp» gehalten waren. Doch interessant und gut recherchiert waren diese auf jeden Fall. Das brachte ihm weit über die Parteigrenzen hinaus grosse Anerkennung. So mag es auch nicht wirklich überraschen, dass Stubi bei seinem letzten Votum im Kantonsrat fast eine halbe Stunde sprach – mit einer aufmerksamen Zuhörerschaft im Rat (!). Zu einem Thema, das sein politisches Wirken immer wieder bewegte: dem Stadttunnel. In verschiedensten Ausführungen und Möglichkeiten prägte dies seine politische Agenda mit. Ob das zum Ende der 80er-Jahre diskutierte Projekt «Gesamtsystem ohne» (Planersprache für Stadttunnel ohne Anschluss Ägeristrasse), dem Minitunnel oder dem heutigen Stadttunnel mit ZentrumPlus, Stubi hatte und hat eine klare Haltung und ein verständliches Ziel: Die Stadt von den Verkehrsmassen zu befreien und wieder attraktiver zu machen. Schaut man sich die verschiedensten Projekte nebeneinander genauer an, dann erkennt man die jeweils kritisierten und im nächsten Projekt massiv verbesserten Punkte relativ schnell. Und es zeigt sich, dass sich auch dank dem Engagement von uns Alternativ-Grünen und dem prominenten und fundierten Auftritten von Stubi einiges in die richtige Richtung entwickelt hat.

Eigentlich haben wir es ja alle auch bereits vor den Snowden-Enthüllungen vermutet: Die systematische

Überwachung unserer Kommunikation und digitalen Daten in Mails und Cloud-Diensten durch den US-Schnüffelgeheimdienst NSA ist eine bereits seit Jahren praktizierte Tatsache. Dies wurde der Leserschaft des Bulletins durch einen Artikel von Martin Stuber im September 2013 einmal mehr bewusst. Diese «Grundlagenarbeit» hat der Kantonsratsfraktion einige Monate später die Meinungsbildung zum Thema Scanning von Steuerdaten durch eine amerikanisch kontrollierte Unternehmung wesentlich beschleunigt. Der Finanzdirektor musste nach dem Druck aus dem Parlament zurücktreten und eine andere Lösung präsentieren.

Martin Stuber hat sich als Kenner des öffentlichen Verkehrs in Zug und weit darüber hinaus einen Namen gemacht. Dabei waren und sind für ihn der optimale Einsatz von öffentlichen Geldern für eine maximale Wirkung für Nutzerinnen und Nutzer zentral. So engagiert er sich im Komitee Zimmerberg light oder hat diverse weitere Bahnprojekte mit seiner gegenüber den offiziellen Zuger Ämtern kritischen, aber konstruktiven Art weiterentwickeln und verbessern können. Seine guten Kontakte zu zentralen Stellen im ÖV, bei der SBB oder bei Mobilitätsexperten haben sich hierbei mehrfach bewährt.

Danke lieber Stubi, für all die Jahre Deiner politischen Arbeit danken wir Dir alle ganz herzlich. Um die tolle Zusammenarbeit, deine Visionen und Vorstösse waren und sind wir froh. Wir freuen uns auch zukünftig auf den einen oder anderen Artikel mit spannenden Inputs von Dir. Machs guet! ■



Büchermail

Volle Kinosäle und leere Baumarktregale – keine Frage: Die Hollywoodverfilmung des Sado-Maso-Romans «50 Shades of Grey» hat eingeschlagen. Und endlich läuft da wieder was im Schlafzimmer von Herrn und Frau Durchschnittschweizer. Oder was glauben Sie denn, wieso sich das bünzlige Pärchen von nebenan neulich mit einer Familienpackung Kabelbinder eingedeckt hat? Aber keine Sorge, auch wenn die allgemeine Fantasielosigkeit der Menschheit gerade darin gipfelt, dass sich ihre Nachbarn, die «50 Shades of Grey»-Vorlage als Anleitung benutzend, gegenseitig Schritt für Schritt den Hintern versohlen und versohlen lassen und das auch noch geil finden, weil schliesslich ja gerade alle sagen, dass das total geil sei. Es gibt da einen unerschütterlichen Konservativer, der zur **VERTEIDIGUNG DER MISSIONARSTELLUNG** aufruft: Wolf Haas nämlich, Salzburger Linguistiker und mehrfach ausgezeichnete Krimiautor, auch wenn sein bisher jüngstes Werk kein Krimi und, da kann ich Sie beruhigen, auch kein konservativ-erotischer Schmuddelroman ist, auch wenn der Titel etwas nach traditionell-christlichem Ehepaarkamasutra (es könnte auch der Arbeitstitel der nächsten CVP-Initiative sein?) klingt. Vielmehr ist es eine Art linguistische Theoriestunde, und zwar eine des Grossmeisters

höchstpersönlich. So wie Haas mit seinem Protagonisten spielt und den armen Kerl scheinbar willkürlich an verschiedenen, räumlich und zeitlich weit voneinander entfernten Schauplätzen auftreten lässt, so spielt er auch mit seinen Leserinnen und Lesern. Die Armen sind den Spielchen des Autors machtlos ausgeliefert und wissen nie so genau, wo die Grenzen liegen zwischen Fiktion und Metafiktion, zwischen Autor und Ich-Erzähler. Linguistischer Sado-Maso quasi. Zu empfehlen sind übrigens nicht nur Haas' Romane, sondern auch seine Krimis. Allen voran das gespenstisch-komische **SILENTIUM**, in dem ein Salzburger Ex-Polizist der Welt beweist, dass das Unterbewusstsein immer Recht hat, Wetterberichte sehr lyrisch sein können und Sätze auch sehr gut ohne Verben auskommen.







26

### Unglückliche Liebe bei FLIZ

**Sleepless in New York**  
Montag, 30. März 2015,  
20 Uhr  
Kino Gotthard Zug

Regisseur Christian Frei taucht in die schlaflos-fiebrigen Nächte von zwei Frauen und einem Mann in New York ein, die kürzlich von ihren Partnern verlassen wurden. Nächte in einem Ausnahmezustand, die geprägt sind durch Schmerz und Tränen, aber auch durch Wachsamkeit und Kreativität.

Den analytischen Gegenpart zu den in Emotionen aufgelösten Protagonisten bildet die Anthropologin Helen Fisher. Sie erforscht, welche unglaublichen Vorgänge im Hirn der Betroffenen ablaufen. Die faszinierenden Erkenntnisse führen sie zur Frage, ob die Natur es nicht übertreibt.



Christian Frei gelingt mit seinem Dokumentarfilm eine einfühlsame Annäherung an ein schwer fassbares Phänomen. Der Film beschränkt sich auf die Zeitperiode des Liebeskummer, der in diesem Moment eine ewig währende Gegenwart bedeutet. Den Betroffenen

ist zu wünschen, dass ihnen der schwierige Weg aus der selbstzerstörerischen Besessenheit heraus gelingt – hin zu einem neuen Selbst. Saalgespräch mit Regisseur Christian Frei



### Refugiado

Montag, 11. Mai 2015,  
20 Uhr  
Kino Gotthard Zug

Einmal mehr ist die schwangere Laura von ihrem Mann schwer verprügelt worden. In Panik verlässt sie mit ihrem achtjährigen Sohn die Wohnung und sucht nach einem Ort, an dem sie sich sicher fühlen kann. So werden die beiden in Diego Lermans Spielfilm zu Flüchtlingen in der eigenen Stadt, in Buenos Aires, doch der Ort ist austauschbar. Häusliche Gewalt spielt sich täglich auch mitten unter uns ab. Regisseur Diego Lerman erzählt von der Gewalt, ohne diese zu zeigen. Refugiado beschränkt sich darauf, die Folgen abzubilden. Die Absenz des Mannes macht einen Teil der Kraft dieses Filmes aus, der nach innen blicken lässt, indem er aufs Ablenkende an der Oberfläche verzichtet. Diego Lerman wählt den

unschuldigen Blick des aufgeweckten Buben, der wahrnimmt, aber nicht wirklich einordnen kann. Seine dichte Inszenierung macht die schiere Ausweglosigkeit fühlbar. Saalgespräch mit Pia Vogel von «Herberge für Frauen» und Urs Zehnder von «Männer Beratung Gewalt»



Freundliche Grüsse  
**Martin Bucher**  
FLIZ FilmliebhaberInnen  
Zug



**Freitag, 1. Mai,**  
**1. Mai-Feier**  
**ab 17 Uhr, auf dem Landsgemeindeplatz Zug**  
Hauptrednerin Katharina Preliz-Huber, VPOD-Präsidentin  
Danach offenes Mikrofon  
Diverse Ess- und Infostände

**Mittwoch, 6. Mai,**  
**Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug**  
ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33 Zug  
Mit Köchinnen und Köchen  
des Forums Oberägeri

**Dienstag, 12. Mai,**  
**Vorversammlung Alternative – die Grünen Menzingen zur Gemeindeversammlung Menzingen**  
19 Uhr Restaurant Ochsen

**Mittwoch, 20. Mai,**  
**Gemeindeversammlung Menzingen**  
(Motion Schulraumplanung der Alternativen – die Grünen Menzingen)  
20 Uhr, Schützenmatt-Menzingen

**Mittwoch, 3. Juni,**  
**Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug**  
ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Köchen  
der Alternative Stadt Zug

**Mittwoch, 1. Juli,**  
**Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug**  
ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Köchen  
der CSP Zug



## Die Alternativen im Kanton Zug

### Alternative – die Grünen Zug

Postfach 4806  
6304 Zug  
041 711 99 09  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro  
Alternative – die Grünen Zug:  
**Montag 14–18 Uhr**  
**Dienstag 9.15–13.15 Uhr**  
**Donnerstag 9.15–13.15 Uhr**

### Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz  
info@alternative-baar.ch

### Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin  
b.beck-iselin@bluewin.ch

### Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger  
cornelia.mayinger@datazug.ch

### Alternative – die Grünen Stadt Zug

Postfach 4805, 6304 Zug  
info@alternative-stadt.ch

### Forum Oberägeri

**Philipp Röllin**  
forum-oberaegeri@mymail.ch

### Grünes Forum Hünenberg Rita Hofer

rita\_hofer@bluewin.ch

### Grüne Risch-Rotkreuz (ehemals Gleis 3 Alternative Risch)

Irene Widmer  
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

### Grüne Steinhausen

Postfach 123  
6312 Steinhausen  
steinhausen@alternative-zug.ch

### Junge Alternative Zug

Postfach 4806, 6304 Zug  
junge.alternative@gmx.ch

### Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und  
Roman Ambühl  
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne  
Fraktion im Kantonsrat**  
www.alternativefraktion.ch

**Grüne Partei Schweiz**  
www.gruene.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

**BULLETIN**  
Nr. 1, März 2015  
erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**  
Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, bulletin@alternative-zug.ch

**Redaktion:**  
Natalie Chiodi  
Jonas Feldmann  
Hansjörg Glauser  
Lorenzo Martinoni

**Lektorin:**  
Kathrin Graffe

**Gestaltungskonzept:**  
S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
Satz, Bild und Druck:  
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print  
(100% Recycling-Papier)

**Titelbild:**  
Paula Gisler

**Nutzaufgabe:**  
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–  
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
Unterstützungsabo: Fr. 50.–  
Mitgliederbeitrag Verein  
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**  
Nr. 2/2015:  
Freitag, 19. Juni 2015

**Erscheinungsdatum:**  
Donnerstag, 11. Juli 2015

«DAS BULLETIN»  
im Internet unter  
**www.bulletin-zug.ch**



P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

